

Gebäude heraus und veranstalteten trotz des Polizeiverbots einen Umzug durch die Stadt. Zur Stunde haben sich einige tausend Studenten auf dem Wenzelplatz versammelt und veranstalten eine Freudenfahrt.

Sympathielundgebung in Wien.

Wien, 27. November. Gestern mittag sammelten sich etwa 400 Studenten vor der Rampe der Universität an, um in lauten Rufen ihrem Unwillen über die Vorgänge an der deutschen Universität in Prag Ausdruck zu geben. Die Universitätswache eilte sofort herbei und zerstreute die Demonstranten. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Das tschechoslowakische Gesandtschaftspalais auf dem Lukowits-Platz wurde unter besondere Bewachung genommen, alle Zugänge zum Platz gesperrt, so daß nur Personen mit Gesandtschaftslegitimationen ihn betreten konnten. Überdies standen zwei Überfall-Autos bereit, um eine Demonstration vor der Gesandtschaft, die man aus den Kreisen der deutschen nationalen Studentenschaft befürchtete, im Keime zu ersticken. Es kam aber zu keinem Zwischenfall.

Deutsche Vereinigung.

Gründung der Ortsgruppe Bukowitz.

Die Deutsche Vereinigung, die alle deutschen Volksgenossen Westpolens zu der großen notwendigen Volksgemeinschaft zusammenschließen will, ist im weiteren Vormarsch begriffen. Überall ist der Wunsch stärker denn je den unseligen und für das Deutschtum gefährlichen Parteihader und den unfruchtbaren von außen her in unsere Reihen getragenen Zwist zu begraben und in der neuen Deutschen Vereinigung die notwendige Aufbauarbeit zu leisten.

Die organisatorischen Arbeiten für die Deutsche Vereinigung erfordern einen so ungeheueren Arbeitsaufwand, daß erst gestern, nach mehrmaligen Anforderungen, die Ortsgruppe Bukowitz im Kreise Schlesien gegründet werden konnte. Trotz des strömenden Regens hatte sich aus Bukowitz und den umliegenden Dörfern eine große Zahl deutscher Volksgenossen eingefunden. Der etwa 100 Personen fassende Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Versammlung leitete der in Bukowitz und Umgegend allgemein beliebte Sanitätsrat Dr. Rasmussen.

In grundlegenden und klaren Ausführungen sprach Schriftleiter Arno Stroß-Bromberg über die Bedeutung der Deutschen Vereinigung für das Deutschtum und über die Gründe, weswegen dem fruchtbaren und zerstörenden Parteihader der Todestrost versteckt werden muß. Dr. Hempel-Bromberg gab allgemein verständliche Erläuterungen zu den Sätzen. Die sachlichen Anfragen in der Diskussion zeigten die Einmütigkeit des Deutschtums von Bukowitz und Umgebung für die Sache der Deutschen Vereinigung. Der größte Teil der Anwesenden erklärte sofort seinen Beitritt. Auf Vorschlag wurden folgende Herren in den vorläufigen Vorstand der neu gegründeten Ortsgruppe gewählt: Sanitätsrat Dr. Rasmussen-Bukowitz, Landwirt Bruno Ott-Franzdorf, Jungbauer Max Laurenz-Bukowitz. Der vorläufigen Revisionskommission gehören an: Landwirt Ernst Busch-Schwingen und Landwirt Beyer-Branitz.

Die Versammlung sang dann mit erhobener Hand den Feuerspruch. Der Versammlungsleiter dankte den Er-schienenen für die Einmütigkeit und schloß daraus hin die Versammlung.

Pflicht zur Hilfe im neuen Staate.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 27. November.

Am Montag abend hielt der Staatskommissar für das Winterhilfswerk, Senator Paul Bauer, eine Rede über das Winterhilfswerk, in dem er interessante Mitteilungen machte. Im vorigen Jahre, so führte er aus, seien im Freistaat Danzig 116 779 Personen in irgendeiner Form vom Winterhilfswerk bedacht worden. Wohl seien Tausende durch ungeheure Anstrengungen im Laufe des letzten Jahres in Arbeit und Brot gelangt und aus dem Heer der Erwerbslosen und Bedürftigen gestrichen. Der bisherige überblick lasse für dieses Jahr aber immer noch rund 105 000 Menschen erkennen, die vom Winterhilfswerk erfaßt werden müssten.

Der Staatskommissar äußerte sich dann grundsätzlich zu dem neuen Gedanken der Hilfe. An die Stelle humaner Hilfsbereitschaft habe der Nationalsozialismus die gemeinschaftsbewußte Hilfspflicht gesetzt. Sei die frühere Wohlfahrtspflege auf das Mitteld geprägt gewesen, so sei die Wohlfahrtspflege des Nationalsozialismus Dienst an der Gemeinschaft und würde damit höchste Pflicht jedes Volksgenossen. Sie gebe dem Volksgenossen neue Lebenskraft. Hilfe sei Opfer der Gemeinschaft und verpflichtet daher auch für die Gemeinschaft.

Rückblickend auf das vergangene Winterhilfswerk stellte der Senator fest, daß während das reiche Kriegs-Deutschland in 20 Jahren nur 6 Millionen für das Völkerschlachtdenkmal aufbrachte, der arme mit wirtschaftlichen Nöten ringende Freistaat Danzig 2 Millionen in 6 Monaten opfern konnte.

70 Ortsgruppen mit 3000 ständigen Helfern und 5000 bis 6000 zeitweilig Beschäftigten schafften für die Sache, 11 Küchen mit 3 Ausgabestellen werden betreut und in 70 Nähstuben schaffen hunderte von Frauen. Unter den freiwilligen Helfern sei die Zahl der jahrelang Erwerbslosen sehr groß.

Trotzdem das neue Winterhilfswerk jetzt erst 6 Wochen an der Arbeit sei, hätten bereits Lebens- und Bedarfssortikel im Werte von $\frac{1}{4}$ Million zur Verteilung kommen können. Mit der Hilfe an die Bedürftigen wurden immer auch der Danziger Wirtschaft Aufträge gegeben. Bei der Verteilung werde nicht nach Partei und Konfession gefragt.

Eröffnung der Eisenbahnlinie Krakau — Radom — Warschau.

In Gegenwart des Präsidenten der Republik, von Mitgliedern der Regierung, sowie Vertretern des Sejm und Senats fand am 24. d. M. die feierliche Einweihung und Eröffnung der Eisenbahnlinie Krakau — Miechów statt. Der Bau der Linie, die eine Länge von 108 Kilometern hat, dauerte zwei Jahre. Nach einem Gottesdienst in Radom begaben sich die Festteilnehmer an den Ort, wo sich die neue Strecke abweigt. Der Bischof von Sandomir gab dem neuen

„Die ewige Gefahr für den Weltfrieden.“ Schärfste Angriffe eines Hearstblattes auf Frankreich.

New York, 27. November. (DNB) Das führende Hearstblatt „New York American“ veröffentlicht unter der ganzseitigen Überschrift „Französische Unehrlichkeit und französischer Militarismus — schlimme Vorzeichen eines Weltkrieges“ einen sensationalen Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

Selbst wenn Frankreich auf keinen Krieg hinzielte, so ist doch klar, daß es wenig tat, um einen solchen zu verhindern oder auch nur hinauszögern. Immer herausfordernd, extrem in der Gestaltung seiner Rechte aus allen Verträgen, immer geneigt, deren Wortlaut zu verdrängen, um durch künstliche und anscheinend einsichtende Auslegung seine Ansprüche zu vergrößern.

stellt Frankreich die ewige Gefahr
für den Weltfrieden dar,

während es frommerweise seine Ergebenheit zu ihm vorstellt.

Frankreichs Verhalten hinsichtlich der bevorstehenden Saarabstimmung, fährt das Blatt fort, ist nur ein Punkt und nur der letzte. Aus den halbamtlichen Äußerungen französischer Staatsmänner geht hervor, daß Frankreich dabei ist, sich aus seinen Verpflichtungen des Versailler Vertrages, soweit er das Saargebiet betrifft, herauszuwinden. Frankreich bereitet den Weg vor für einen neuen Fall der Verpflichtungsverweigerung,

die zum Eckstein der französischen internationalen Politik geworden ist,

was auch Amerika durch die Zahlungsverweigerung Frankreichs erfahren hat. Frankreich ist dieser Verpflichtungsverweigerung so verfallen, es handelt sie so meisterhaft und schamlos, daß es sie im selben zynischen Lichte betrachtet, in dem manche Leute eine Lüge betrachten, nämlich als fürstlichen Weg zwischen zwei Punkten.

Nach einem kurzen Überblick über die Bedingungen des Versailler Vertrages, soweit sie das Saargebiet betreffen, und nach Biedergabe von Äußerungen französischer Politiker, im Notfalle französische Truppen ins Saargebiet marschieren zu lassen, fährt „New York American“ fort: Schon in diesem Punkte geht aus Frankreichs Haltung klar hervor,

dass es den Geist des Versailler Vertrages verletzt

und entschlossen ist, diesen lieber vollkommen null und nichtig zu machen, als die gewinnbringende Besetzung des Saargebietes aufzugeben, obwohl diese ursprünglich nur als zeitweilig erklärt worden war. Schon haben französische Wurführer ihrem Bedauern über die Vertragspunkte des Ver-

Werk den Segen, worauf Ministerpräsident Kołłowski mit einer kurzen Ansprache die symbolische Schleife durchschneidet und damit den normalen Verkehr eröffnete.

Der Abschnitt Krakau-Miechów, der 52 Kilometer lang ist, ist ein Teil der großen Hauptlinie Warschau-Krakau über Radom-Kielce. Durch diesen Abschnitt wird die Entfernung aus Warschau nach Krakau im Vergleich zu der Wiener Linie um 46 Kilometer verkürzt. Die gesamten Baukosten werden etwa 20 Millionen Zloty betragen. Die Eisenbahnlinie ist vorläufig eingleisig gebaut, vorgesehen ist aber auch der Bau eines zweiten Gleises.

Pavelitsch und Kwaternik werden nicht ausgeliefert.

Rom, 27. November. (DNB) Wie amtlich bekannt gegeben wird, hat die Untersuchungsabteilung des Appellationsgerichtshofes in Turin entschieden, die Auslieferung von Pavelitsch und Kwaternik könne Frankreich nicht angestanden werden.

Ungarn lehnt Benesch als Ratspräsidenten ab

Genf, 27. November. (DNB) Der ungarische Vertreter, Tibor Eckhardt, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes am Montag abend eine Note überreicht, in der der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch als Ratspräsident für die Verhandlungen über den ungarisch-südostslawischen Streit abgelehnt wird. Als Vertreter Ungarns in dieser Angelegenheit, so führt Eckhardt aus, sehe er sich gezwungen, festzustellen, daß das Amt des Ratspräsidenten auch in der gegenwärtigen Sitzungspause von einem Vertreter eines Staates wahrgenommen werde, der zum Teil an dieser Angelegenheit beteiligt sei.

Er erinnere daran, daß die Tschechoslowakei in ihrer Note an den Generalsekretär vom 22. November sich dem Antrag Südslawiens vollinhaltlich angeschlossen habe, mit der Begründung, daß die zur Sprache stehenden Tatsachen „wegen ihres ungemein schwerwiegenden Charakters die Tschechoslowakei in ihren gutnachbarlichen Beziehungen zu Ungarn unmittelbar berühren“. Unter diesen Umständen glaube er, folgende Frage aufzuwerfen zu müssen: Ist diese Lage nicht dazu angestan, ernste Unzuträglichkeiten bei der Behandlung der Frage entstehen zu lassen, die dem Völkerbundrat von den drei Staaten der Kleinen Entente unterbreitet worden ist? Siegt nicht für seine Exzellenz Eduard Benesch, der zugleich tschechoslowakischer Außenminister und Mitglied des Ständigen Rates der Kleinen Entente ist, Grund vor, jetzt und erst recht für die bevorstehende außerordentliche Tagung sein Amt als Präsident des Völkerbundrates niederzulegen, wie es übrigens für diesen Fall durch die Geschäftsordnung des Völkerbundrates vorgesehen ist?

Polens Ministerpräsident reist nach Ungarn und Südslawien?

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 27. November. Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird der Presse mitgeteilt, daß die Meldungen der ungarischen Presse von einem bevorstehenden Gegenbesuch des Außenministers Beck in Budapest nicht zutreffend seien. Die Pflicht der Erwideration des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Gömbös liege nämlich nicht dem Außenminister Beck, sondern

sailler Vertrages hinsichtlich der Saarabstimmung Ausdruck gegeben. Die Vertragsbedingungen werden jetzt „als mindestens zweifelhaft bezeichnet“.

Von keiner geringeren Persönlichkeit als dem fröhlichen französischen Staatspräsidenten Millerand wird folgende Frage in einem selbst gezeichneten Artikel im „New York American“ vom 25. November d. J. erörtert: „Haben wir nicht das Recht, zu behaupten, daß die Saarabstimmung nachlässig angenommen wurde?“

Da habe man, so unterstreicht das Blatt, die typische französische Haltung, wenn sich eine Vertragsverweigerung ankündigt. Zuerst verwirrt Frankreich die Grundfrage; dann stellt es die bindende Wirkung seines Versprechens in Frage; dann bringt es künstliche Behauptungen vor — in diesem Falle die angebliche deutsche Einmischung in die Freiheit zur Volksabstimmung; und schließlich erklärt es in großspuriger Selbstbefreiung von allen Eigenverpflichtungen, daß es durch das Bieben des Schwertes

nur eine „internationale Mission“

durchführe, die die Zivilisation ihm aufgezwungen habe. Solche Taktiken auf die Saarabstimmung angewendet, sind nichts anderes als eine Mischung von Freiheit und Unehrlichkeit, so folgert das Blatt.

„New York American“ fährt fort: Aus dem oben erwähnten Artikel Millerands geht hervor,

dass der Versailler Vertrag in allen für Frankreich günstigen, aber nicht in den für Frankreich ungünstigen Einzelheiten respektiert werden müsse. Deutschland muß den polnischen Korridor extragen. Österreich muß seine Besetzung ohne Klage hinnehmen; für Frankreich günstige Volksabstimmungen müssen von anderen Nationen, die die Partner des Friedensvertrages sind, angenommen werden; aber, wenn die im Versailler Vertrag eigene vorgesehene Abstimmung zufällig gegen Frankreich aussiegt sollte, dann darf Frankreich straflos den Versailler Vertrag und den Willen des Saarvolkes außer acht lassen, selbst wenn seine Haltung die Welt in einen neuen Krieg stürzen sollte.

Man sollte nicht zulassen, daß sich Frankreich der Vorzeile seiner Abkommen erfreut, während es seine Verpflichtungen zurückweist. Das große Problem eines Krieges darf sich keinesfalls um Geiz und Hinterhältigkeit (crookedness) Frankreichs drehen.

Das Blatt schließt: Falls der Versailler Vertrag, der zugunsten Frankreichs war, teilweise widerrufen wird, dann sollte er als Ganzes annulliert werden. Auf keinen Fall aber darf die selbstdeinerische Doppelköpfigkeit Frankreichs einen neuen Weltkrieg heranschwören.

dem polnischen Ministerpräsidenten Kołłowski. Der Ministerpräsident wird daher nicht vom Außenminister Beck begleitet werden, nachdem der ungarische Außenminister Kanya am Besuch in Warschau nicht teilgenommen hatte.

Es sei aber möglich, daß der Unterrichtsminister Waclaw Fedrzejewicz den Ministerpräsidenten auf der Ungarnreise begleiten wird, wodurch der Zusammenhang des Besuchs mit dem polnisch-ungarischen Abkommen über die kulturelle Zusammenarbeit betont würde.

Diese Informationen bewegen sich im wirklichkeitsnahen Rahmen von Erwägungen der maßgebenden Kreise und verheißen Entschlüsse, die wirklich gefaßt werden dürfen. In diesen Rahmen gehören aber nicht Vermutungen, die in der Oppositionspresse ausgesprochen werden und das Lauten, daß der Ministerpräsident Kołłowski sich in Begleitung des Unterrichtsministers Fedrzejewicz von Ungarn auch nach Südslawien begeben werde.

Protokollarisch wird diese Reise damit begründet, daß Polen den seinerzeitigen Besuch des südostslawischen Ministerpräsidenten Marinovitsch noch nicht erwidert hat. In den diese Vermutungen hegenden Kreisen will man jedoch die Meldung der englischen Presse von einer geplanten Reise des Außenministers Beck nach Belgrad nicht für wahr halten. Ein Besuch des Außenministers in Belgrad müßte, wenn sein Besuch in Budapest unterbleibe, in Anschluß des südostslawisch-ungarischen Konflikts als diplomatischer Akt zugunsten Südslawiens gedeutet werden und Polen zum Nachteil gereichen. Polen wünsche nämlich — glaubt man zu wissen — den Konflikt Südslawiens und Ungarns gegenüber den Standpunkt vollkommener Neutralität zu wahren.

Bestätigte Urteile.

Das Oberste Gericht in Warschau hat die Kassationsklage zweier katholischer Geistlicher, die zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, verworfen. In dem einen Fall handelt es sich um den Probst Wryza aus Bielsko in Pommerellen, der vom Bezirksgericht und dann auch vom Appellationsgericht zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er in einer Elternversammlung, die als Kundgebung gegen einen seiner Ansicht nach unerwünschten Lehrer abgehalten wurde, zum Schülertreit aufgefordert hatte. In der Kassationsklage bemängelte sein Vertreter den Standpunkt der Vorinstanz, die eine Versammlung im eigenen Elternkreise als eine öffentliche Versammlung anerkannt hätte. Das Oberste Gericht schloß sich diesem Einwande nicht an.

Der zweite Fall betraf einen katholischen Geistlichen in Galizien, der während des Prozesses gegen die Regierung gegen die Regierung gemacht hatte. Das Bezirksgericht hatte ihn zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt, die durch das Appellationsgericht auf fünf Monate unter Jubilierung eines Strafauflusses herabgesetzt wurden. Auch in diesem Falle wurde das Urteil der Vorinstanz bestätigt.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 27. November 1934.
Krakau — 2,30 (— 2,29). Jawischow + 1,95 (+ 1,94). Warschau + 1,98 (+ 2,03). Błock + — (+ —). Thorn + 1,82 (+ 1,78). Jordan + 1,87 (+ 1,82). Culm + 1,60 (+ 1,68). Graudenz + 1,86 (+ 1,89). Kurzefraf + 2,05 (+ 2,10). Bielefeld + 1,44 (+ 1,54). Dirschau + 1,48 (+ 1,58). Einlage + 2,58 (+ 2,40). Schlesienhorst + 2,68 (+ 2,68). (In Klammern die Meldung des Vorortes.)

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 27. November.

Trübe und milde.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trüb es und recht mildes Wetter an.

Kirchenjahresanfang.

Der 1. Advent ist nicht nur der Beginn der vorweihnachtlichen Zeit, er ist auch die Pforte, durch die die Gemeinde wieder eintritt in ein neues Kirchenjahr. Es hat seine im Wesen der Kirche begründete Berechtigung, daß der Kreislauf des Kirchenjahrs nicht schematisch dem Ablauf des bürgerlichen Jahres gleichgeordnet ist, sondern sich gesondert nach eigenen inneren Gesetzen vollzieht. Der Gedanke eines besonderen Kirchenjahrs ist nicht so alt, wie mitunter vermutet wird. Die ersten Anfänge stammen wahrscheinlich aus der zweiten Hälfte des Reformationsjahrhunderts, aber die eigentliche Durcharbeitung und Ausgestaltung ist das Werk einer noch späteren Zeit. Die Festlegung der einzelnen kirchlichen Festtage ist in sehr verschiedenen Abständen erfolgt. Zum Teil haben unsere kirchlichen Feste ein sehr ehrwürdiges Alter, namentlich Ostern und Pfingsten. Zum Teil sind sie jüngeren Datums wie etwa der Buß- und Betttag und das Totenfest. Aber von dieser Beschiedenheit im Alter spüren wir heutigen nichts mehr. Uns ist das Kirchenjahr ein festgefügtes Ganzes, in dem jede Zeit ihre Besonderheit hat.

Gerade der Kreislauf des Kirchenjahrs zeigt, wie kirchliche Sitte und Volksbrauch miteinander verwachsen und einander ergänzen können. Wir kommen vom Totenfest her, das der irdischen und menschlichen Trauer um die Dahingegangenen den Stempel der Ewigkeit aufdrücken will. Wir gehen hinein in die Adventszeit, die in keinem anderen Volke solch einen innigen und lieblichen Charakter trägt, wie gerade im deutscher Volke. Hier ist die uralte, germanische Sehnsucht nach dem Licht mitten im Nebel und Kälte, nach dem frischen Tannengrün mitten in winterlicher Kahlheit und Schnee nicht mühsam übertüncht von artfremder christlicher Sitte, sondern hier hat sich alles so sehr miteinander verschmolzen, daß eine ganz genaue Scheidung schwer halten dürfte. Früher war die Adventszeit eine ernste Zeit der Buße und stillen Einkehr. Heute ist sie zwar auch noch die Zeit der Stille, aber diese Stille ist heimliche Freude und fehnsüchtige Erwartung auf die Zeit, die zu Weihnachten sich erfüllt. Wer in der Adventszeit lernt, die einzelnen Festzeiten des Kirchenjahrs in ihrer Innerlichkeit zu begreifen und nachzuerleben, der wird gewiß nicht mehr meinen, daß es sich beim Kirchenjahr nur um eine notwendige äußere Einteilung handle, sondern der weiß, daß viel mehr dahinter steckt.

pz.

Schwarze Schafe.

NHK Die Opferfreudigkeit unserer Volksgenossen für die Deutsche Nothilfe ist mancherorts erfreulich groß. Auch viele, welche selber mit knappem Arbeitslohn gerade für die eigene Familie ein faches Einkommen finden, oder im näheren Kampf des Alltags mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich abmühen müssen, sind doch noch bereit, zu opfern, wenn der Ruf der Nothilfe an sie ergeht. Es ist rührend und herzerfrischend zugleich, beobachten zu können, wie gerade auch aus den vielen kleinen Beiträgen breiterer Bevölkerungsschichten ein Vieles entsteht, mit dem eine entlastende Hilfe für notleidende Volksgenossen geschaffen werden kann.

Um so schwerer wiegen die Weigerungen derer, die ohne Grund eine Beteiligung an unserem gemeinsamen Hilfswerk ablehnen oder nur Beiträge leisten, die in keinem Verhältnis zu ihrem Leistungsvermögen stehen. Es muß sich doch ein jeder klar sein darüber, daß diejenigen, die solche Weigerungen aussprechen, sich außerhalb unserer Volkgemeinschaft stellen. Das Hilfswerk ist unparteilich für alle da und wird von Volksgenossen durchgeführt, die ihre Mitarbeit ehrenamtlich ausführen. Es gibt keinen anzuerkennenden Grund, sich von der gemeinsamen Arbeit und Beitragsleistung auszuschließen. Kleinliche Erwägungen oder gar persönliche Verärgerungen dürfen nicht ausschlaggebend sein. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß unser Kampf gegen Hunger und Kälte nur mit Erfolg geführt werden kann, wenn niemand sich ausschließt und jeder zu seinem Teil dazu beiträgt.

Der tatsächlich vorhandene Bedarf ist gründlich errechnet und kann nicht angezweifelt werden. Wenn in einzelnen Bezirken die Not nicht so groß ist, dann braucht deshalb die Opferfreudigkeit der einzelnen Volksgenossen nicht geringer zu sein als dort, wo die Armut augenscheinlicher ist. Wir bekennen uns heute alle zu dem Grundsatz „Einer für alle, alle für einen“. Wir trauern Drückerbergen nicht nach, wir werden uns aber ganz entschieden von ihnen trennen. Unsere Nothilfe ist ein Sozialismus der Tat, der wir heute von jedem Volksgenossen erwarten müssen. Man schaue dabei nicht auf den anderen, wie der sich beteiligt, sondern gehe mit gutem Beispiel voran. Wer sich zum völkischen Sozialismus bekannt, hat doppelte Pflichten.

Es ist noch die Zeit für jeden, in sich zu gehen. Wir anderen, die wir uns nicht zu den schwarzen Schafen zählen, wollen versuchen, aufklärend zu wirken, wo bisher die Einsicht fehlte. Ein freundliches Wort an richtiger Stelle und sachliche Aufklärung haben schon viele Einsichtslose auf den rechten Weg zurückgeleitet. Es ist besser, einen Schwanken- oder zurückgewonnen zu haben, als ihn gänzlich zu verstören. Die Weihnachtszeit ist bald heran, das Fest der Liebe und Versöhnung. Viele werden da noch zu gewinnen sein, die bisher verstockt beiseite gestanden haben. Jeder gute Mensch bringt sein Opfer. Bedenkt, es ist für den einzelnen so wenig, womit man dem anderen, Notleidenden, eine große Hilfe angedeihen lassen kann. Tut alle eure Pflicht, ehe es zu spät ist!

Im Allgemeinen mitzudenken, ist immer nötig, mitzuschwanken aber nicht.

Gottfried Keller.

Ein fast unglaublicher Vorfall ereignete sich in der Moltkestraße. Als die 28jährige geisteschwache Halina Olšewská, die hier bei ihrer Schwester Stanisława O., Mittelstraße 16, wohnt, sich auf der erstgenannten Straße befand, wurde sie von einer unbekannten Frau in ein Torweg gelockt, wo diese der Geisteskranken die Kleider auszog und ihr dafür alte, zerissene Sachen anzog. Die Polizei ist bemüht, den Vorfall zu klären. — Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in der Kujańierstraße. Als die 12jährige Tochter der Frau Władysława Kajna, Kujańierstraße 22, sich von der Schule auf dem Heimweg befand, wurde sie von einer unbekannten Frau in ein Torweg gelockt, wo sie dem Mädchen eine lederne Schulstasche abnahm und damit verschwand.

Übersfahren wurde die 37jährige taubstumme Kordula Michałak auf der Melchiora Wierzbickiego von dem Wagen des Fleischers Richard Stenzel. Die Überfahrene hatte zum Glück nur leichte Verlebungen davongetragen.

Bon zwei raffinierten Betrügern empfindlich geschädigt wurde der Besitzer eines Lastkahn, Bernhard Langowski aus Ostrowo, der zurzeit mit einer Ladung Getreide am Ladekai der Hermann Frankestraße angelegt hat. Am Freitag gegen 8 Uhr abends erschien bei dem L. ein gut gekleideter junger Mann, stellte sich als Vertreter der Lederfirma Buchholz vor und erklärte, daß er von der Firma beauftragt worden sei, wegen Mietung des Lastkahn für einen Ledertransport aus Gödingen nach hier zu verhandeln. Da der angebliche Vertreter auf der Straße nicht verhandeln wollte, schlug er dem Schiffseigner vor, zwecks Beprüfung der näheren Mietbedingungen mit ihm zusammen eine Restaurierung aufzusuchen, worauf L. auch bereitwillig einging. Als beide Männer auf dem Friedrichsplatz angelangt waren, trat ein dritter Mann an die beiden heran, den der Vertreter der Firma dem Lastkahnbesitzer als seinen Freund vorstellt, der erst vor kurzem aus Amerika zurückgekommen sei. Zu dritt suchte man nun ein Lokal auf und während bei einem Gläschen Schnaps die Geschäftsanlegenheit durchgesprochen wurde, richtete der „Amerikaner“

Der Kampf der Deutschen Vereinigung: Gegen Parteienhass, gegen Zersplitterung, für Zusammenschluss, für Erneuerung.



Erhältlich in allen Apotheken.

Der Wille der Jugend:

Den Hader vergessen, dem Ganzen dienen!

Eigenheim (Gąski), 26. November. Am Totensonntag fand unter reger Beteiligung der Gemeinde die Einweihung eines Grabdenkmals für einen unbekannten Soldaten, der im Jahre 1919 hier gefallen ist, statt. Die Mittel dazu wurden durch Sammlungen von der Jugend aufgebracht. Dank Entgegenkommen der liegenden Firma A. Dopslaß-Thorn konnte ein würdiges großes Grabdenmal beschafft werden. Nach Gesang des Liedes: „Großer Gott wir loben Dich“, hielt Pfarrer Rogall eine kurze Gedenkrede. Danach wurde ein dem Tage geweihtes Gedicht vorgetragen, worauf im Namen der Jugend Emil Fałs sprach, der das Geschaffene als Ausdruck des neuen Geistes bezeichnete und mit dem Appell schloß, dieser Tat andere folgen zu lassen. Segen und die reiflichen Strophen des zu Beginn gesungenen Liedes beschlossen die ergebende Feier. Trotz allen Parteikampfes ein Beweis, daß die Jugend gewillt ist, angesichts großer Taten den Hader zu vergessen und dem Volksganzen zu dienen.

Czarnikau (Czarnków), 26. November. Fern der alten Heimat starb in voriger Woche in Eisenstadt (Westfalen) ein alter Bürger unserer Stadt, der Schornsteinfegermeister Edmund Ilenike im 78. Lebensjahr. Über 150 Jahre war der Kehrzbeizirk Czarnikau in Händen der Familie Ilenike. Als er nach dem politischen Umsturz den Kehrzbeizirk und damit die Existenz verlor, sah sich die Familie zur Abwanderung gezwungen. Obgleich ihm die Behörden in Deutschland einen großen Kehrzbeizirk gaben, so daß er sich wirtschaftlich noch besser stand, hing doch sein ganzes Herz an der alten Heimat und in zahlreichen Briefen gab er seiner Sehnsucht nach derselben Ausdruck. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Ein großes Schadensereignis entstand in Holländerdorf (Jendrzejewo) bei dem Gutsbesitzer Raymann. Ein großer Stall mit etwa 40 Schweinen brannte gänzlich nieder.

Ex Erin (Kęcynia), 26. November. Bei dem Landwirt Władysław Siemianowski in Panigródz Nowe wurde für eine Forderung der Forstgesellschaft vom Urząd Skarbowy Wongrowitz ein Getreideschöber mit circa 400 Zentner Getreide gepackt. S. droß den Schöber aber aus und hatte sich nun vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Das Gericht erkannte ihn für schuldig und verurteilte ihn zu drei Monaten Arrest. Eine zweijährige Bewährungsfrist erhielt er unter der Bedingung, daß er innerhalb sechs Monaten den Betrag von 302,75 Złoty an die Forstgesellschaft in W. abzahlt.

Von einem Hund angefallen und schwer verletzt wurde die Landwirtsfrau Schweizer aus Stowu. Die Frau wurde unterwegs von einem Hund angefallen. Sie brach ohnmächtig zusammen. Der Gendarm Pietrzak, der gerade die Straße entlang kam, konnte die Bewußtlose von dem Hund losreißen. Nach einigen Stunden erst kam die Frau zur Besinnung.

Gniezno (Gniezno), 27. November. Wie wir aus den Sportkreisen erfahren, findet am Sonntag, dem 2. Dezember, in Gniezno ein Internationaler Boxkampf zwischen der Breslauer „Amateur-Box-Club“-Mannschaft und der Mannschaft des Sportclubs „Stella“ Gniezno statt. Die sehr kampfstarke deutsche Mannschaft kämpft am Vorabend in Posen mit der Mannschaft des Sportvereins „Warta“.

Hopfengarten (Brzoza), 26. November. Schwere Brandwunden erlitt am ganzen Körper das zwölfjährige Kind des Arbeiters Adolf Hoffmann aus Grünwald. Als die Mutter der Verunglückten vom Pilzammlern zurückkam, fand sie das Mädchen in hellen Flammen vor. Das ohne Aufsicht gelassene Kind hatte am Ofen gespielt, bis die Kleider Feuer fingen. Das arme Wesen trug schwere Brandwunden davon und ringt mit dem Tode.

I Nowyrocław, 27. November. Am Dienstag dieser Woche befand sich der Sohn des Rittergutsbesitzers Hempel aus Dobrogoszütz mit dem Motorrade unterwegs nach Güldenhof (Zlotniki-Kuj.), als die Maschine auf der schlüpfrigen Chaussee ins Schleudern geriet und sich überschlug. H. trug glücklicherweise keine Verletzungen davon, jedoch wurde die Maschine stark beschädigt.

Posen, 26. November. Kardinal Primas Dr. Holland ist am Sonnabend von seiner mehrwöchigen Amerikareise nach Posen zurückgekehrt. Er wurde vom Bischof Dymek, dem früheren Bojener Wojewoden Grafen Bniński, als Vorsitzenden der katholischen Vereinigungen, Vertretern der katholischen Geistlichen und der städtischen Behörden begrüßt und fuhr unter dem Jubel einer zahllosen Volksmenge sofort in das Erzbischöfliche Palais.

Auf dem Flugplatz in Lawica stürzte am Sonnabend bei dichtem Nebel ein vom Lieutenant Obuchowski gesteuertes Militärflugzeug ab und wurde zertrümmt; der Pilot kam mit unbedeutenden Verletzungen davon.

Nach einmonatiger Dauer wurde der Zustand in der Möbelfabrik von Nowafonski und Söhne in Wilda durch beiderseitiges Nachlassen der Forderungen seitens der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber endlich beigelegt.

Wegen verschiedener Mißbräuche bei Lieferungen für die Landesausstellung 1929 war von der hiesigen Strafkammer der Baumeister Wiliński aus Posen zu 1½ Jahren Gefängnis mit bedingtem Aufschub verurteilt worden. Dieses Urteil ist jetzt vom Obersten Gericht in Warschau endgültig bestätigt worden.

Chief-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seydel; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygrodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. familiär in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bromberg, Mittwoch, den 28. November 1934.

Pommerellen.

27. November.

Graudenz (Grudziadz)

Die Abendfeier am Totenfest

erfreute sich, ebenso wie die beiden anderen Veranstaltungen dieses denkwürdigen Tages, eines sehr zahlreichen Besuches. Diese Feier im Gotteshaus hatte nicht, wie es in den früheren Jahren der Fall war, einen rein musikalischen Charakter, sondern trug durch liturgische Einlagen ein den ernstreligiösen Zweck noch mehr vertiefendes Gepräge.

Mit Präludium und Fuge C-moll von J. S. Bach (1685–1750) leitete Karl-Julius Meißner auf der Orgel die Feier ein. Er brachte die Feinheiten dieses Werkes des Altmeisters zu voller Geltung. Nach gemeinsamem Gesang „Alle Menschen müssen sterben“ sang der Kirchenchor verständnisinnig und wohlklingend „Unser Leben währet 70 Jahre“ von H. Schütz (1585–1672), begleitet von Orgel- und Streichmusik. Die Verlesung des 90. Psalms durch den Liturgus Pfarrer Dieball leitete über zu zwei Sopranolis unserer rühmlich bekannten Sängerin Fräulein Renate Henckel aus Piaski („Nicht so traurig“ von J. S. Bach und „Wachet auf, ruft uns die Stimme“ von F. Lüdke (1614–1667). Die von Fräulein Ruth Dieball (Orgel) und den Streichmusikern zart und schön begleiteten Gejüngte erzielten tiefen Eindruck. „Herzlich tut mich verlangen“ trug sodann Karl-Julius Meißner kundige Hand auf der Orgel vor (von Fr. Lubrich, geb. 1888). Die Gemeinde sang, „Wenn ich einmal soll scheiden“, und der Liturg verlas makkante Bibelstellen, das Leben in Jesu behandelnd. F. Lüdkers „Ach Herr, lass deine lieben Englein“ erklang aus der Sängerin (Fräulein Henckels) Mund, mit Orgelbegleitung (Fr. Dieball) und Streichmusik. Eine hervorragende Darbietung des Abends war der Vortrag des gehaltvollen „Verleih uns Frieden“ von B. Gesius (1555–1613) durch die gemischten Chöre (Viedertafel und Kirchenchor) unter Karl-Julius Meißners Leitung. Damit erwarben sich Dirigent und Singende besondere Anerkennung. Die beglückende Gewissheit, daß auf Nacht und Tod die Auferstehung folgt, kam in der liturgischen Schlussdarbietung zum Ausdruck. Die Gemeinde sang „Läßt mir, wenn meine Augen brechen“, und Meißner beendete mit dem Orgelvortrag „Nun ruhen alle Wälder“ von Fr. Lubrich, zart und sanft verklängend gespielt, die Abendfeier.

Deutsche Boxer in Graudenz. Für nächsten Sonnabend, 1. Dezember d. J., wird ein Wettkampf in Graudenz zwischen einer Vertretung Ostpreußens (Deutscher Amateur-Box-Verband Gau I Ostpreußen) und einer polnischen Repräsentation der Stadt Graudenz angekündigt. Auf deutscher Seite werden angeblich vier ostpreußische und ein Ammeister, auf polnischer Seite drei Pommerellenmeister vertreten sein.

Durch Steinwürfe zertrümmert wurden abends in der Salonenischen Wohnung, Schützenstraße (Marsz. Focha) Nr. 1/3, zwei Fensterscheiben. Dabei wäre beinahe der Wohnungsinhaber getroffen und verletzt worden. Angefischt eines solchen Falles in einer belebten Stadtgegend ist gewiß die Bitte an die Polizei am Platze, die Zahl der Patrouillen auf den Straßen, besonders während der Dunkelheit, zu vermehren.

Beschlagnahme wurde auf dem Wochenmarkt eine größere Menge Holz, die von Anna Gajdow aus Burg Solchau (Biadlochowo) hierhergebracht worden war. Die Konfiskation erfolgte, weil die G. sich über den rechtmäßigen Erwerb des Holzes nicht auszuweisen vermochte. Desgleichen verfiel der Beschlagnahme eines von Anastazja Rakow aus Resznievo zum Markt gebrachtes Holzquantum, und zwar aus dem gleichen Grunde.

Ein mißlungenes Ladendiebstahl brachte Roman Kołyski, viermal schon vorbestraft, wieder auf die Anklagebank des Bürgergerichts. Im Laden Unterthornerstr. (Toruńska) 22, ließ er sich einen Überzieher zeigen. Als der Verkäufer einige solcher Kleidungsstücke auf den Ladentisch gelegt hatte, und sich dann zwecks Bedienung eines anderen Kunden abwandte, ergriff K. einen Mantel und lief mit ihm hinaus. Der D. wurde aber ergriffen. Er erhielt vom Gericht zwei Wochen Arrest. Als mildeurnd wurde angesehen, daß sich der Angeklagte bei der Begehung der Tat in angetrunkenem Zustande befunden hat.

Zu einem Brande nach Courbierestr. (Kościuszki) 18 gerufen wurde die Feuerwehr. Ein Eingreifen war hier aber nicht nötig, da es sich nur um eine ungefährliche Rauchentzündung in einem Schornstein handelte. Da die Alarmentzündung bei dem Feuermelder nicht richtig erfolgt war (man hatte nur die Scheibe eingeschlagen, und erst ein Feuerwehrmann, der hinzukam, drückte, wie es erforderlich ist, auf den Knopf, wodurch erst die Funktion des Melders ausgelöst wird), macht die Wache darauf aufmerksam, daß Einschlägen der Scheibe und Knopfdrücken mit nachfolgendem Warnen auf das Erscheinen der Feuerwehr notwendig sind.

Bestohlen wurden die Besitzer des Hauses Nehdnerstr. (Gen. Galera) um ein Stück eisernes Abflußrohr, Agnieszka Łukowska, Courbierestr. (Kościuszki) 42, um acht Kleidchen Bruchmein, Maria Łęcka, ul. Zgierska, Derdowskistr. 27, um Wäsche im Werte von 30 Złoty, sowie die Volksschule in der Schachthofstraße (Marutowicza) um eine 2,70 Złoty enthaltende Sammelbüchse. Im leitgenannten Fall haben die Täter, die in einem Klassenzimmer eingedrungen waren, einen Schrank erbrochen.

Zum letzten Polizeibericht wurden zwei Meldungen wegen Verstößen gegen Verkehrsvorschriften, eine Meldung wegen Unterlassung der Treppenbeleuchtung und eine Meldung wegen öffentlicher Ruhestörung erstattet. Anzeige wurde wegen Einführung der Fäller Fr. Gumowski gegen einen Restaurationsbetrieb erstattet, der seine Belegschaft von 20,60 Złoty nicht bestanden hat.

Thorn (Toruń)

Von der Weichsel. Der Thorner Pegel zeigte Montag früh einen Wasserstand von 1,76 Metern über Normal an. — Auf der Fahrt von Warschau nach Danzig bzw. Danzig passierten am Sonnabend und Sonntag die Personen- und Güterdampfer „Mars“ und „Saturn“ bzw. „Fredro“ und „Krakus“, auf dem Wege von Danzig bzw. Danzig nach der Hauptstadt „Sowiński“ und „Alantyk“ bzw. „Stanisław“ und „Jagiello“. Im Weichselhafen trafen ein: aus Danzig Schlepper „Goplana“ mit einem leeren und fünf mit Stückgütern beladenen Kahn sowie Schlepper „Uranus“ mit zwei Kähnen mit Papier, ferner aus Warschau Schlepper „Pośpieżny“, „Steinkeller“ mit einem Kahn mit Getreide und „Katowice“ mit zwei leeren Kähnen. Mit dem Bestimmungsort Warschau ließen aus: „Zamojski“ mit einem Kahn mit Stückgütern, „Koziełuski“ mit einem mit Mehl und drei mit Stückgütern beladenen Kähnen, „Polesjor“ mit einem mit Fässern und zwei mit Mehl beladenen Kähnen sowie „Goplana“ mit fünf Kähnen mit Stückgütern. Nach Danzig machten sich Schlepper „Pollux“ und Schlepper „Minister Lubecki“, letzterer mit zwei Kähnen mit Stückgütern, auf den Weg. Nach Włocławek startete Schlepper „Bawaria“ mit zwei Kähnen mit Papier und nach Nakel ging Schlepper „Katowice“.

Standesamtliche Nachrichten. In der Zeit vom 17. bis 23. November d. J. gelangten beim hiesigen Standesamt die ehelichen Geburten von 10 Knaben und 8 Mädchen sowie die unehelichen Geburten von je einem Knaben und Mädchen zur Anmeldung und Registrierung. Die Zahl der Todesfälle betrug 18 (10 männliche und 8 weibliche Personen), darunter 3 Erwachsene im Alter von über 60 Jahren und 2 Kinder im ersten Lebensjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 16 Eheschließungen vollzogen.

Ein Denkfehler der breiten Massen ist der, durch Besudelung und Herabsetzung des eigenen Ichs Sympathien bei den anderen zu erwecken.

Adolf Hitler,

Der Thorner Sender auf Welle 304 Meter. Der eiserne Antennenmast des Thorner Rundfunksenders hat jetzt die vorgeschriebene Höhe von 140 Metern erreicht. Während die laufende Woche noch mit den Arbeiten zur festeren Zusammenfügung der Eisenkonstruktion der Antenne ausgestattet sein wird, wird man in der kommenden Woche damit beginnen, dem Antennenmast ein ausziehbares metallenes Antennenrohr von 20 Metern Maximallänge aufzufüzen. Auf diese Weise erreicht die Antenne eine Höhe von 160 Metern. Das bewegliche Aussatzrohr wird zur Regulierung der Länge und der Klarheit der Thorner Welle dienen. Der Thorner Sender wird auf der bisherigen Welle von Krakau (304 Metern) mit 24 Kilowatt arbeiten. Das Hauptgebäude des Thorner Senders wurde bereits fertiggestellt. Jetzt ist nur noch die Möblierung der Räume, die Einrichtung des Senderraums sowie die Ausprobierung und Regulierung der Apparatur erforderlich. Das Hauptgebäude ist mit dem hiesigen Postamt durch ein besonderes Telefonkabel verbunden. Fünf Paar Leitungsdrähte werden zu allen Übertragungen aus der Stadt dienen, und zwei weitere Leitungspaare werden den Sender direkt mit der „Centrala międzymiastowa“ verbinden. Mit den Probefeuern wird vorzugsweise am 15. Dezember d. J. begonnen werden.

Glück im Unglück hatte dieser Tage ein Drogist aus Thorn. Bei einer Eisenbahntour verließ er auf der Station Schönsee (Kowalewo) den Zug, um sich aus der Restauration Zigaretten zu holen. In dem Augenblick, als er den Rest in Empfang nahm, bemerkte er, daß sein Zug sich schon in Bewegung setzte. Im Laufschritt eilte er über den Perron und versuchte trotz der Warnungen des Fahrdenkleiters auf den fahrenden Zug aufzuspringen. Hierbei stolperte er und schlug so unglücklich hin, daß er direkt neben dem rollenden Zuge auf den Bahngleisen geriet. Wie groß war aber das Erstaunen aller zu

Tode erschrockenen Augenzeugen dieses Unfalls, als der Mann, nachdem der Zug den Bahnhof verlassen hatte, lebend und unverletzt sich wieder erhob. Der Stationsvorsteher nahm hierüber ein Protokoll auf und belegte den schon fast Toteglaubten mit einem Strafmandat. **

Der berüchtigte Dieb Michał Karolczyk aus Włocławek, der erst kürzlich eine längere Freiheitsstrafe wegen Verübung einer Reihe Diebstähle abgesessen hat, machte sich diefer Tage auf den Weg nach Thorn, um hier ein Fahrrad „billig zu ersteilen“, wozu sich schon vor den Toren der Stadt eine günstige Gelegenheit bot. Als er in Rudak vor einem der Häuser ein unbeaufsichtigtes und ungefährtes Stahlrohr erblickte, schwang er sich flugs in den Sattel und fuhr in Richtung Włocławek davon. Weil ihn die schnelle Fahrt auf dem gestohlenen Rad zu sehr ermüdeten, begab er sich in Ciechocinek auf den Bahnhof, um eine „Gegenheitsfahrt“ nach Włocławek ausfindig zu machen. Er lud das „Kleinauto“ in den Waggon eines zur Ausfahrt bereitstehenden Güterzuges und machte es sich selbst in einem anderen Wagon bequem. Bevor sich jedoch der Zug in Bewegung setzte, spürten die Eisenbahnbeamten den Schwarzfahrer auf und übergaben ihn der Polizei. Der Verhaftete wurde unter Bedeckung in das Gerichtsgefängnis in Thorn gebracht. Das Rad wurde dem rechtmäßigen Eigentümer, Ignacy Miklaszewski, zurückstetet.

Bei der Kriminalpolizei befinden sich verschiedene, einzigen Gehlern abgenommene, aus Diebstählen herührende Gegenstände und zwar: 2 Koffer, 4 Kleider, je 2 Damen- und Herrenmäntel, 1 Stück blauer Stoff, 16 Handtücher mit Monogramm K. W. und M. L., 16 Herren-Tag- und Nachthemden, 1 Decke, Bezüge, Damenhemden, Unterröcke, Taschentücher, 1 blauer Anzug, 2 Fächermesser, 1 Friseurschere, Gardinen und 1 weiße Serviette. In Thorn oder außerhalb Thorns wohnhafte, durch Diebstahl geschädigte Personen können sich bei der Kriminalpolizei in Thorn, Wallstraße (ulica Walny), zwecks Erkennung ihres Eigentums melden.

Der Polizeibericht verzeichnet acht Diebstähle, von denen drei aufgeklärt werden konnten, vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine Zuvielhandlung gegen baupolizeiliche Vorschriften, einen Fall von Sachbeschädigung und die Verlehung eines Passanten durch den Biß eines Hundes. — Ein aus dem Elternhaus entflohn Minderjähriger wurde durch die Polizei aufgegriffen und der Wohlfahrtsabteilung der Stadtverwaltung zugeführt. Eine wegen Diebstahls verhaftete Person wurde ins Burggericht eingeliefert. In Polizeiarrest genommen wurden zwei Personen wegen Unterhaltung von der Straße aus mit Insassen des Gerichts- und Untersuchungsgefängnisses, zwei Personen wegen Diebstahls und eine wegen Gehlerei. Wegen Trunkenheit erfolgten zwei Sistierungen. — Jadwiga Kocynska, Friedrichstraße (ul. Warszawska) 10/12, zeigte den erloschenen Verlust einer goldenen Uhr im Werte von etwa 120 Złoty an.

Podgorz bei Thorn, 26. November. In einer kürzlich im Stadtverordnetenamt abgehaltenen Sitzung des Schulrates wurde nach einer umfangreichen Diskussion das Schulbudget für das Jahr 1935/36 in Höhe von 12 400 Złoty beschlossen. Ein weiteren Beratungsgegenstand bildete die Angelegenheit des Baues einer neuen Schule sowie die des Umbaus der städtischen Kinderbewahranstalt.

Konitz (Chojnice)

Unbekannte Täter schlugen am Sonntag mittag die Fensterscheibe bei dem Kolonialwarenhändler Maciejewski in der Ziegelstraße ein und stahlen aus der Kasse 125 Złoty bares Geld und verschiedene Kolonialwaren. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

Durch Einbruch wurde in der Nacht zum 24. November den Eisenbahnern Stanisław Dąszek und Franciszek Jasnoch etwa 1 Zentner Fleisch gestohlen. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Vor der Schmiede in Neustadt wurden zwei Pferdebedecken gestohlen.

Scheue Pferde. Sonntag mittag wurden die Pferde des Försters Schulz aus Hohenampf schen und rasten mit dem Fuhrwerk die Mühlen- und Schuhstraße entlang, wobei sie große Aufregung unter den zahlreichen Kirchengängern anrichteten. Erst als der Wagen umstürzte, konnten die Pferde angehalten werden.

Thorn.

Ab heute ermöglichte Preise!

Glas, Farne, Porzellan, Email, Aluminium und Eisen, Kochtöpfe, Steinböcke, Email- und Zinnschüssel, Waschgefäß, empfiehlt

E. Szymański, Thorn, Stern 11 vis-à-vis evgl. Kirche, Filiale: Gewista 12, im Hause Araczewski.

Aktuelle Nachrichten. Mittwoch, d. 28. Nov. 1934. Culmsee. Abends 6 Uhr. 1. Adventsandacht.

Brillen

kaufen Sie am besten bei

Gustav Meyer

Optisches Institut

Zeglarska 23. Gegr. 1861.

7409

Rückengänger. empfiehlt

Gold und Silber

(Geld u. alte Schmuck)

kaufst E. Lewęgowski,

Uhrmachermeister, 772

Moskowa 34.

Umfertigung von 7903

Kleider und Wäsche

Michałowicza 88, W. 7.

Rückengänger. empfiehlt

Ernst Nasilowski

Gegründet 1898

Empfehle mein Lager in

Ihren, Gold- u. Silberwaren.

Bestecke — Trauringe.

Strenge reelle Bedienung. — Mäßige Preise.

Reparaturen äußerst sauber unter Garantie.

Graudenz.

M. G. B. Liedertafel, Graudenz

Hauptversammlung

am Dienstag, dem 4. Dezember 1934,

abends 8 Uhr, im Gemeindehause.

Tagesordnung

nach den Satzungen.

Vollzähliges Erscheinen d. Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand. J. A. Franz Welle.

Kleines

Hausgrundstück

für Tischlerei geeignet,

zu kaufen geacht. Off.

unt. Nr. 7962 an Emil

Romek, Toruńska 16.

Bei rheumatischen Leiden

Gicht, Schmerzen in den Gelenken, Nerven- und Kopfschmerzen, Grippe und Erkältungen wirken

Togal

Tabletten.

in allen Apotheken erhältlich.

ch Berent (Koscierzyna), 26. November. Nach Aus- schneiden der unteren Scheibenenden an den Schaufenstern des Kaufmanns Lamann und des Bäckermeisters Baske wurden nachts darin ausgestellte Kolonial- bzw. Backwaren im Werte von über 50 Zloty entwendet.

Eine von Blaszkowski aus Gostomie in Berent verlorene Brieftasche mit 20 Zloty und Klebemarken im Werte von 54 Zloty wurde in einem Hausschlaf in der Quellenstraße gefunden, wohin sie vermutlich der ursprüngliche „Finder“ geworfen hatte; 20 Zloty fehlten.

Einbrecher stahlen aus der Schmiede des Josef Meger in Wilcze-Błoto, Kreis Berent, einen Amboß, einen Schraubstock und Werkzeuge im Gesamtwerte von 250 Zloty.

* Berent (Koscierzyna) 26. November. Der den Kohlen- aug Nr. 1489 begleitende Schuhmann bemerkte Freitag nachmittag gegen 5½ Uhr bei Skórzeno vier Männer, die während der Fahrt aus einem Waggon Kohlen abwarfen. Er gab einen Schreckschuß ab, worauf die Diebe abprangen und die Flucht ergreifen. Einige Minuten später bemerkte der Beamte wiederum Kohlendiebe, die auf einen weiteren Schreckschuß jedoch nicht reagierten. Der Schuhmann gab nun einen zweiten Schuß ab, durch den, wie sich später herausstellte, einer der Diebe in den Kopf getroffen wurde. Der Schwerverletzte, der amerikanische Staatsbürger Andrzej Ożimek, 30 Jahre alt, wurde mit dem Personenauto nach Karpacz ins Krankenhaus geschafft, wo er gegen 8½ Uhr abends verstarb.

v Culmsee (Chelmia), 26. November. Die Leiche des kürzlich an Pilzvergiftung verstorbene 18jährigen Schülers Babis wurde auf Anordnung der Gerichtsbehörde ausgegraben. Es liegen Verdachtsgründe vor, daß Babis vergiftet wurde. Die Leiche wurde im hiesigen Krankenhaus seziert und gelangten mehrere innere Teile an die Posener Universität zur eingehenden Untersuchung. Weitere Ermittlungen sind im Gange.

h Gorzno, 26. November. Ein Deckenbrand entstand im Versammlungslokal des hiesigen Schülerverbandes in der St. Annastraße (ul. Sw. Anny). Glücklicherweise konnte das Feuer bald gelöscht werden, ohne größeren Schaden anzurichten.

Eine in bescheidenen Verhältnissen lebende Frau Antoschewski in Golikowo hatte ein Schwein gefüttert, um es zu den kommenden Feiertagen schlachten zu können. Als sie, wie gewöhnlich, morgens ihrem Vorstinent das Futter brachte, stellte sie zu ihrem Schreck fest, daß das Schwein nicht mehr lebte. In der Nacht war ein Spitzbube in den Stall eingedrungen, hatte das Schwein getötet und die Hälfte davon mitgenommen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet.

ch Karpacz (Kartuz), 21. November. Einem Landwirt in Wroce, Kreis Karpacz, wurden zwei Pferde und ein Wagen gestohlen. Die Tiere traf der Förster später unheirrend im Walde an.

* Karpacz (Kartuz), 26. November. Ein deutscher Sportdoppelleiter, der sich infolge Nebels auf der Strecke von Danzig nach Stettin verflogen hat, landete gestern mittag in der Nähe der Ortschaft Darchowo hiesigen Kreises. Insassen waren der Zivilflieger Bruno Schulz und der Beobachter Gerhard Gudla, beide aus Tilsit. Das Flugzeug blieb unversehrt.

Neuenburg (Nowe), 27. November. Einen recht eindrucksvollen Erste Abend veranstaltete der hiesige Jugendverein „Concordia“ am Vorabend des Totenfestes im Saale Borkowski. Nach Gründung durch die Ansprache des Jugendpflegers Kollmann-Grandenz ging die Aufführung des Fragments eines Stücks aus den Bauernkriegen des Mittelalters „Thomas Münter“ in Szene. Mitwirkende: Herren Teßmer, Berg, Machałowicz, Weiß, Kołak. Sicheres Spiel, sehr klare deutliche Sprache sowie ein geeignetes Bühnenbild zeichneten die Aufführung aus. Sprechbüre und Gesangsvorträge füllten den weiteren Abend im Gedanken unserer gefallenen Volksgenossen im Weltkriege. — Im Anschluß hieran sei die Niederlegung eines Kranzes seitens des gleichen Vereins „Concordia“ erwähnt in der Gefallenen-Ecke unserer hiesigen evangelischen Kirche. Die Kranzschleifen waren in weißer Farbe mit schwarz gedruckter Widmung gehalten.

Die Spannung Athen-Tirana.

Athen, 26. November. (DNB)

Die Blätter veröffentlichten den Beschuß des Dreierausschusses des Völkerbundes über die Zurückverweisung der Beschwerde der griechischen Minderheit in Albanien wegen der Schließung ihrer Schulen und anderer gegen sie ausgeübter Bedrückungsmäßigkeiten. Der Dreierausschuß habe an den Völkerbundrat ein Schreiben gerichtet, in dem die Vermittelung der Frage an den Völkerbundrat begründet werde. Diese Verhandlungen vor dem Rat würden, heißt es schließlich in den Zeitungsberichten, Gelegenheit geben, die Rechte der griechischen Minderheit darzulegen, die noch vor der neuen albanischen Verfassung erworben worden seien und von dieser nicht abgeändert werden könnten.

Die Geschichte des Konflikts.

Das Vorgehen der Albanischen Regierung gegen die Griechen in Norddeutschland wird in letzter Zeit schärfer als bisher. Durch ein neues Gesetz, das den von ihr im Jahre 1921 eingegangenen internationalen Verpflichtungen grundsätzlich entgegensteht, wurden die Schulprivilegien der griechischen Minderheit in Albanien staatsstreitig aufgehoben. Dies veranlaßte die Minderheiten der Bezirke Santi-Quaranta und Argyrocastro, sich beschwerdeführend an den Völkerbund zu wenden, und, solange eine Entscheidung des Völkerbundes ausstehe, beschlossen sie, ihre Kinder nicht zur Schule zu schicken. Diesem Schulfreiklosen schlossen sich alle übrigen Bezirke an. Nun versuchte die Albanische Regierung, die griechisch sprechende, der orthodoxen Religion angehörende Bevölkerung durch Verhaftungen, Einsperrungen und ungerechte Behandlung einzuschüchtern. Dieses Vorgehen der albanischen Behörden hat, wie es vorauszusehen war, die öffentliche Meinung Griechenlands außehnlich erregt und erbittert. Die Albanische Regierung steht mit ihren Maßnahmen in krasser Widerspruch zu den von ihr übernommenen Verpflichtungen. Am 23. Juni 1914 ließ sie durch die internationale Untersuchungskommission den Norddeutschen gegenüber offiziell bestätigen, daß sie das Abkommen von Korfu, das am 17. Mai 1914 zwischen der internationalen Untersuchungskommission und den Delegierten von Norddeutschland abgeschlossen worden war, vollständig und bedingungslos annehme. In diesem Abkommen heißt es wörtlich:

„Der Unterricht ist frei. In den Schulen der orthodoxen Gemeinden wird der Unterricht in griechischer Sprache erteilt. In den drei Unterlassen wird Albanisch gleichzeitig neben dem Griechischen gelehrt. Auf alle Fälle findet der Religionsunterricht ausschließlich in griechischer Sprache statt.“

Sechs Jahre später verpflichtete die Albanische Regierung sich durch das griechisch-albanische Abkommen von Kapitschia vom 15. Mai 1920, das sich auf Norddeutschland bezieht, den griechischen Schulen und Kirchen freie Ausübung ihrer Funktionen in diesem Territorium zu gestatten. Albanien wurde in den Völkerbund nur unter der Bedingung aufgenommen, daß es die Rechte der auf seinem Gebiet lebenden Minderheiten nicht antrete, und sein Vertreter gab am 2. Oktober 1921 vor dem Völkerbundrat eine Erklärung ab, in der es hieß:

„Die albanischen Staatsangehörigen, die, was Rasse, Religion und Sprache anbelangt, zu den Minderheiten gehören, genießen dieselben Rechte wie die anderen albanischen Staatsangehörigen. Sie dürfen auf eigene Kosten Wohltätigkeitsanstalten, Schulen und andere Unterrichtsanstalten führen, kontrollieren oder auch künftig neu gründen mit dem Recht, ihre Sprache zu sprechen und zu lehren und ihre Religion frei auszuüben.“

Wie die Albanische Regierung dieser ihrer Verpflichtung gerecht wurde, zeigt am eindringlichsten die Desimierung der Schulen der griechischen Minderheit, deren es 1922 noch 100 mit 150 Lehrern gab, 1933 dagegen nur noch zehn mit zehn Lehrern. Tatsächlich wird seitens der Albanischen Regierung jede gegebene Möglichkeit benutzt, um Schüler- und Lehrerstand der griechischen Minderheit zu beseitigen und den griechischen Unterricht unmöglich zu machen. In klarer Gegensatz zu den dem Völkerbund gegenüber ausdrücklich eingegangenen Verpflichtungen hat die Albanische Regierung kulturpolitische Verfassungsartikel so abgeändert, daß nunmehr jede Privatschule geschlossen werden kann. Wenn diesem Verfahren nicht Einhalt geboten wird, dürften in absehbarer Zeit die letzten Bildungsstätten der Jugend der griechischen Minderheit zum Verschwinden verurteilt sein.

Lavals Politik nähert sich der Politik Briands? . . .

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die polnische Presse verfolgt mit großem Interesse das Echo, welches die vom Reichskanzler Hitler in der bekannten Unterredung mit den französischen Frontkämpfern Goy und Monnier gegebene Anregung zu einer deutsch-französischen Verständigung — in Frankreich hervorruft. Aber wie es in solchen Fällen immer geht, fängt jedes Blatt vom vielsachen Echo, das in der französischen Öffentlichkeit ertönt, am liebsten die Stimmen auf, die zu den vorgefassten Meinungen und sozusagen zur „Tradition des Hauses“ passen und dieser Recht zu geben scheinen. Der Wille zur Objektivität ist eine seltene Blume.

So will der „Kurier Warszawski“ ungeachtet der Tatsache, daß der Vorschlag Hitlers von angesehenen französischen Politikern ernstlich in Erwägung gezogen wird, wissen: „das neue Monnier Hitlers“ hätte in Frankreich „eine überaus skeptische Aufnahme gefunden.“ Wenn Frankreich nichts anderes wäre wie die beschränkte Anzahl von französischen Zeitungen, aus denen der „Kurier Warszawski“ seine Bitate zu holen pflegt, so könnte die obige Behauptung als autorend angesehen werden. Über nur dann. Gegen diese Stimmen des veralkten Teils der französischen Öffentlichkeit erheben sich indessen andere, viel wichtigeren, in denen das Gefühl und Verständnis für die Gesetze des Lebens und die dringend notwendigen Handlungen im politischen Denken puls. Es ist sehr zweifelhaft, ob man seinem Lande nützt, wenn man sich die Ohren gegen diese Stimmen verstopft. Es kann doch kommen, daß die Ereignisse eine Entwicklung gerade im Sinne dieser Stimmen nehmen, die man nicht hören, die man verschweigen will.

Ein anderes deutschfeindliches Blatt: der „Wieszor Warszawski“ zieht es erfreulicherweise vor, der möglichen Entwicklung der Dinge gegenüber einen weniger veralkten Standpunkt einzunehmen, als das fromme Blatt von der Krakauer Vorstadt. Der viel jüngere „Wieszor Warszawski“ wagt es zu bemerken, daß die Politik Lavals von derjenigen Barthous, der auf Deutschlands Einkreisung abgezielt hat, wesentlich abweicht. Da es sich erwiesen hat — wird ausgeführt —, daß von einer An-

näherung Italiens an die Kleine Entente, von einer Entspannung zwischen Italien und Jugoslawien keine Rede sein kann, daß vielmehr die Bande, die Ungarn und Österreich an Italien knüpfen, fester geworden sind und sogar eine Entspannung in den deutsch-italienischen Beziehungen eingetreten zu sein scheint, hat auch das Streben Frankreichs nach einer Verständigung mit Italien seinen Charakter gewechselt. Bei diesem Einvernehmen werden die mittel-europäischen Fragen nicht mehr in Betracht kommen, sondern bloß die, beide Staaten ausschließlich und unmittelbar betreffenden Interessen. Die Angelegenheiten Mitteleuropas sollen dabei unerledigt gelassen werden. Nach Meinung des „Wieszor Warszawski“ sucht die französische Diplomatie auf Jugoslawien und auf die Kleine Entente dahin einzutreten, daß sie sich mäßigen; diese Diplomatie werde es zu bewirken wissen, daß der jugoslawische Antrag nicht brüheß in die Diskussion gelange, sondern in einer Flut von Rapporten und Berichten des Völkerbundes versinke. Das linke Blatt geht in seinen Annahmen noch weiter und äußert die interessante Ansicht, daß „die Politik des neuen französischen Außenministers und des neuen Kabinetts sich im Grunde bedeutend mehr der Politik Briands, als der Politik Barthous nähert...“ Dieser Politik liegt lautet die Begründung — der Glaube an die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Verständigung mit Deutschland und an die Entspannung der europäischen Verhältnisse im Wege des Kompromisses zwischen den „Großen“ unter Beiseitestellung der Interessen der „Kleineren“ und „Kleinen“ Auflage des römischen Biervertrages, diesmal sicher unter Teilnahme der Sowjets, vielleicht auch unter partieller Beteiligung Polens im Wege des geänderten Konzepts des Nordostpaktas. Alles dies nach Erzielung des französisch-deutschen Einvernehmens, das sich in den Grundfesten dieser Politik verbirgt.“

Das Blatt schließt mit folgendem bezeichnenden Appell: „Man muß sich schon heute über die Ziele und Pläne der gegenwärtigen französischen Politik klar werden, um von der Entwicklung der Ereignisse nicht überrumpelt zu werden. Die Diskussion im französischen Parlament und das Verhalten Frankreichs gegenüber Italien liefern einen wertvollen Schlüssel zum Verständnis dieser Politik. Die polnische Diplomatie sollte sich dieses Schlüssels bedienen, um unsere Interessen zu wahren. Später, wenn es schon zu spät sein wird, werden keine Klagen helfen.“

Kleine Rundschau.

Großes Grubenunglück in Japan.

Nach einer halbtäglichen Mitteilung hat sich im Gouvernement Nagataki in dem Kohlenbergwerk Matsushima ein furchtbare Bergwerksunglück ereignet, das nach den bisherigen Schätzungen über 40 Todesopfer gefordert hat. Beim Auflösen eines neuen Stollens stießen die Bergarbeiter auf Wassermassen in den Stollen ein, wobei über 40 Bergarbeiter ums Leben kamen. In dem Augenblick des Wassereintritts sollte ein Förderkorb mit 15 Arbeitern herabgelassen werden, doch gelang es noch im letzten Augenblick, den Korb zu stoppen und hoch zu heben, so daß diese Arbeiter gerettet wurden.

Die Leiche der Tochter über 2 Jahre

in der Wohnung behalten.

Ein schauerlicher Fund wurde in der Wohnung des Bergmanns Stanislaus Nozoll in der Kaiserstraße in Bucu gemacht. Man entdeckte die Leiche der 22-jährigen Tochter Hedwig, die bereits am 18. Mai 1932 gestorben ist. Nozoll hatte jedoch den Sterbefall nicht angezeigt, sondern die Leiche, luftdicht abgeschlossen, in einem Bett die ganze Zeit über aufbewahrt. Da von der Verstorbenen nur noch das Anhängerstück vorhanden ist, ließ sich auch nicht feststellen, ob das Mädchen eines natürlichen Todes gestorben ist. Nozoll wurde festgenommen. Er ist ein sehr überspannter Mann, der sich viel mit unklaren Dingen beschäftigt hat. So erklärte er seinen Angehörigen, das Mädchen dürfe nicht beerdigt werden, da es wieder auferstehen würde.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einsätzen sowie Oferen, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesen Blättern machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

für die Prozeßführung nicht gerade förderlich ist. Verjährt ist der Anspruch nicht, und als Erben Ihres Vaters können Sie ihn geltend machen. Es fragt sich indessen, gegen wen Sie ihn geltend machen hätten, wenn z. B. das Grundstück seinen Besitzer gewechselt hat, zumal die Hypothek längst gelöst sein wird. Diese und noch andere Vorfragen sind zu klären, bevor die Erben an die Abwicklung der Sache herantreten können. Die 40 000 M. hatten nach der Tabelle des § 2 der Aufwertungsverordnung einen Wert von 19 047,80 Zloty. In welcher Höhe diese Summe aufzumachen wäre, das festzustellen würde Sache des Gerichts sein.

„Glück auf.“ Wir müssen in Auswanderungsfragen Auskunft gründlich ablehnen.

A. B. 50. Am besten ist es, wenn die Sache in Form einer Schenkung erledigt wird, d. h., wenn die Tochter den Betrag ihrer Mutter schenkt. Die Kosten betragen, da das Objekt 500 Zloty beträgt, 75 Zloty an Stempel (1,5 Prozent). Die Schenkung bedarf der notariellen Beurkundung.

A. B. 6. Sie werden nicht aufgefordert, die Erbschaft einzutreten, sondern Sie werden benachrichtigt, daß Sie als Erbe berufen sind. Die Ausschaltung der Erbschaft kann nur binnen sechs Wochen erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem Sie von dem Anfall und dem Grunde der Berufung in Kenntnis gesetzt haben. 2. Die Ausschaltung erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlassgericht; die Erklärung muß öffentlich bezeugt werden. Die Anfrage muß in 3 erledigt sich durch Vorstehendes. D. h. Sie werden nicht anteilsmäßig Erbe gegen Ihren Willen, und Sie können eine Erbschaft erst ausschlagen, wenn Sie von dem Anfall und dem Grunde Ihrer Berufung als Erbe Kenntnis erhalten haben.

G. T. in L. Die 2400 Mark aus der Vorkriegszeit hatten einen Wert von 262,90 Zloty, davon brauchen Sie nur 15 Prozent = 44,44 Zloty zu zahlen resp. zu 5 Prozent zu verzinsen. Die Summe beträgt nur 22,22 Zloty pro Jahr. Sie können, wenn Sie sich mit Ihrem Gläubiger nicht anders einigen können, die Intervention des Schiedsgerichts in Anspruch nehmen, zwangs Beurkundung der Zinsen. Die neuen Bestimmungen der Entschuldungspflichten (Bezahlung der Schuld mit Wertpapieren, Konvertierung der Schuld auf Pfandbriefschuld und Verteilung der Abzahlung der Schuld auf Raten) kommen nicht in Frage, weil die Bezahlung in Wertpapieren nur anwendbar ist, da einer Schuld, die 500 Zloty übersteigt und weil die Verteilung auf Raten nur anwendbar ist, da seitdem viele Jahre verstrichen sind,

Dr. Göbbels:

„Große Politik kann nur mit Opfern gemacht werden.“

Berlin, 27. November.

In einer Versammlung im Berliner Sportpalast, zu der die Einladung an die gesamte Berliner Bevölkerung ergangen war, sprach Reichsminister Dr. Göbbels in seiner Eigenschaft als Berliner Gauleiter über die Grundzüge der Regierungspolitik. Das leitende Thema des Referates lässt sich in folgende Sätze fassen: „Eine Regierung kann nicht schlimmer irren, als wenn sie versucht, es allen recht zu machen.“

Eine Regierung, die die Absicht hat, Geschichte zu machen, muss den Mut haben, auf lange Sicht zu arbeiten und auch unpopuläre Maßnahmen durchzuführen.

Große Politik kann nur mit Opfern gemacht werden.“

In sarkastischer Form setzte sich Dr. Göbbels zunächst mit seinem Menschentyp auseinander, den er die ewigen „Romantiker der Erinnerung“ nennt. Er meint damit jene Menschen, die sich nicht in die Gegenwart hineinfinden können und die sich über die Aufgaben der Gegenwart mit dem Spruch hinwegtäuschen, daß doch früher alles viel schöner gewesen sei. Diesem Menschentyp stellte er die Entschlusskraft derjenigen gegenüber, die entschlossen an die Arbeit herangingen und sich deshalb auch durchsetzen würden.

„Jede Regierung hat die Pflicht“, so führte der Berliner Gauleiter weiter aus, „der nach ihr folgenden Generation mehr zu hinterlassen, als sie übernommen hat. Sie muss sich entschließen, das Glück der lebenden Generation bis zu einem gewissen Grade einzuzgrenzen. Wir haben dem Volk nach diesen vierzehn Jahren keine Täuschung vorgegaukelt. Unsere Vorgänger haben mit sträflichem Leichtfertigkeit das Vermögen der Nation verzehrt und haben für 20, 30 Milliarden Kredite ins Land genommen. Wir dagegen haben nicht einen Pfennig Schulden im Auslande gemacht, wohlgemerkt aber mehrere Milliarden Schilden unserer Vorgänger bereits wieder zurückbezahlt. Das ging allerdings nicht ohne unpopuläre Maßnahmen ab. Und es bedingte Zeit. Denn Raubbau und Aufbaupolitik müssen, zeitig gesehen, in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.“

Dr. Göbbels setzte weiter auseinander, daß die von der Nationalsozialistischen Regierung betriebene Politik eine wahre Volkspolitik gewesen ist, in deren Verlauf zunächst das Bauerntum als die Grundlage des Staates einer Sanierung entscheidend werden mußte und danach als wichtigstes Problem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Angriff genommen wurde. Weiter mussten wir, wie er hervorhob, die Wirtschaft in den Dienst des Volkes stellen, ohne daß wir dabei, da uns die Not ja unter den Nageln brannte, riskante Experimente machen könnten.

So waren wir gezwungen, auch diese oder jene Maßnahme durchzustellen, selbst wenn wir davon überzeugt waren, daß sie als Grundsatz richtig ist. Denn an einem ungefährten Volkskörper läßt sich oft auch eine solche versuchswise Maßnahme gar nicht durchführen. Dr. Göbbels erläuterte das an einer Reihe von Beispielen, deren Lehre er in den Grundsätzen zusammenfaßt: Wir mussten angesichts der Verhältnisse etwas tun, was im Augenblick schmerzhafte Folgen hatte, weil es auf weite Sicht richtig war. Es war z. B. selbstverständlich, daß infolge der unumgänglichen Sanierung des Bauerntums die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erhöht werden müssten. Rohstoffknappheit mußte eintreten, weil wir vier Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß eingliederten. Dadurch stieg der Konsum, und letzten Endes mußten wir deshalb auch mehr Rohstoffe, die ja Devisen kosten, einführen. Selbstverständlich nahmen wir für einen solchen Erfolg die Reglementierung der Devisen und Rohstoffvorräte gern in Kauf.

Es gab für uns nur eine Wahl: auf dem Wege der Vorgänger weiter zu gehen — dann wäre Deutschland die Binskolonne des internationalen Weltkapitals geworden —, oder diesen Weg zu beenden und den anderen, wenn auch dorritigen Weg zu geben, an dessen Ende aber die Freiheit unseres Volkes steht.

Wir haben den Weg des Opfergangs gewählt.

Allerdings mußten wir uns dafür vorweg die Sicherheit verschaffen, daß das Volk uns in völliger Disziplin folgte. Diese Sicherheit haben wir uns auf jedem Gebiet geschaffen — Dr. Göbbels führte in diesem Zusammenhang an erster Stelle die Befreiung der Pressefreiheit an —, und wir haben uns dabei durch nichts stören lassen. Es ist für uns selbstverständlich, daß die Disziplin um so größer sein muß, je größer die Gefahren sind.

Auf die Grundzüge der Regierungspolitik eingehend, betonte Dr. Göbbels, daß, da nicht die Wirtschaft, sondern die Politik das Primäre ist, die ersten Maßnahmen auf politischem Gebiet liegen müssten. Er erwähnte dabei die Beseitigung des parlamentarischen Unmenses und der kommunistischen Opposition. Gewiß, dieser Reinigungsprozeß brachte auch Härten mit sich. Aber ich glaube: Wenn in 50 Jahren unsere Kinder in den Genuss einer freien und in allen Ständen und Stämmen einigen deutschen Nation gekommen sind, werden sie uns die Härten, die bei diesem Reinigungsprozeß unvermeidlich waren, sicherlich verzeihen. Und wenn in zehn Jahren die ersten Blüten unseres Werkes vor den Augen der Welt sichtbar sein werden, wird man vergessen haben, daß ein paar hundert Kritikatoren die sogenannte Meinungsfreiheit genommen wurde und daß eine Anzahl asozialer Elemente in die Konzentrationslager gesperrt worden sind.

Mit einer Aufzählung der vielen sichtbaren Erfolge der nationalsozialistischen Regierungspolitik trat dann Dr. Göbbels den Beweis dafür an, daß der nationalsozialistische Staat auf allen Gebieten an die Arbeit gegangen ist.

In einer kurzen außenpolitischen Betrachtung unterstrich Dr. Göbbels dann ernst den ehrlichen Friedenswillen des deutschen Volkes.

Wir wollen, so rief er unter stürmischem Beifall der Menge aus, mit Ernst und Leidenschaft alles tun, um mit Frankreich an einer endgültigen Versöhnung zu kommen.

Wir sagen das aus ehrlichster Überzeugung und nicht aus pazifistischer Wehleidigkeit. Wer uns aber angreift und uns mit Gewalt das Lebensrecht abschneidet, soll wissen, daß er es mit einem Volk zu tun hat, das seine Selbstbehauptung und seinen Daseinswillen mit äußerster Ent-

schlossenheit zu verteidigen gewillt ist. Wir sagen der Welt offen, was wir ihr zu sagen haben. Für uns ist es keine Unehre, für den Frieden zu arbeiten, und ebenso wenig bedeutet es eine Schande für uns, Zugeständnisse zu machen; wissen wir doch, daß der Friede nur möglich ist, wenn alle Zugeständnisse machen. Aber wir wollen auch nicht, daß wir das allein tun müssen!

Zum Schluß erklärte der Minister: Wir sehen heute wie früher allein in der Arbeit unsere Ehre und unsere Leidenschaft und glauben, daß das Land unsere Dienste bis zu unserem letzten Atemzug nötig haben wird. Und wir hoffen, daß einst auch unsere Kinder im Blick auf unsere Arbeit stark und mutig genug sein werden, um das Leben zu meistern. Wir handeln wie ein Bergsteiger, der einen unbewanderten Touristen trotz seines manchmalen Widerstrebens durch Schneestürme führt, weil er weiß, daß dieser Mann umkommen würde, wenn er ihn sich niedersetzen ließe. So müssen auch wir mit dem Volk durch die Lawinen, Stürme und Krisen unserer Zeit hindurch. Aber ist das ein Grund, müde zu werden? In diesem Ningen stehen vor uns die Helden unserer eigenen Geschichte als Beispiel: von ihnen wollen wir lernen, daß man sich nie-mals vor dem Schicksal beugen darf.

Saartagung des Völkerbundrates nicht vor dem 3. Dezember.

Genf, 26. November. (DNB.) Aus Kreisen des Völkerbundsekretariats wird mitgeteilt, daß man nach den letzten Nachrichten aus Rom mit dem Zusammentritt des Völkerbundrates zur Besprechung der Saarfrage nicht mehr vor dem 3. Dezember rechnet.

Diese Wendung kommt überraschend, da noch Freitag abend allgemein Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche als feststehender Zeitpunkt angesehen wurde. In den internationalen Kreisen Genfs glaubt man aus dieser Verschiebung der Ratstagung schließen zu können, daß die Absicht besteht, in Rom zu einem vollständigen Ergebnis zu kommen und alle wesentlichen Punkte klären zu können. Gleichzeitig hat man aber auch den Eindruck, daß doch noch eine Reihe schwieriger Einzelfragen zu lösen sein werde, deren Vereinigung noch einige Zeit in Anspruch

nehme. Auch könnte man die Vermutung hören, daß eine Verschiebung der Ratstagung noch über den 3. Dezember hinaus stattfinden könnte.

Zu der Verschiebung der Ratstagung schreibt der Genfer Savoia-Berater, man habe eingesehen, daß durch eine frühzeitige Einberufung der Sitzung des Völkerbundrates der Erfolg der in Rom im Rahmen des Dreierausschusses geführten Verhandlungen vielleicht gestört oder in gewisser Hinsicht beeinflußt werden würde. Die von Baron Aloisi vorliegenden Nachrichten seien nach wie vor günstig.

Die Vertagung der Ratssitzung könnte also nur als günstiges Anzeichen für eine baldige Regelung der Saarfrage aufgefaßt werden.

Andererseits sei es schwierig geworden, die Außenminister, die für die außerordentliche Ratssitzung nach Genf gekommen waren, länger in Genf aufzuhalten. Die Vertagung gebe den Ministern aber die Möglichkeit, sich ihren heimatlichen Arbeiten zu widmen.

Gewisse Gerüchten zufolge, deren Ursprung in ungarischen Kreisen zu suchen sei, könne die Vertagung der Ratssitzung die Ungarische Regierung in die Lage versetzen, die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens für die Prüfung der südslawischen Note zu verlangen. Unter diesen Umständen werde sich der Völkerbundrat am 3. Dezember also gleichzeitig mit der Saarfrage und der südslawischen Note zu befassen haben.

*

Italien unterstützt Ungarn.

Rom, 26. November (DNB.) Amtlich wird mitgeteilt: In verantwortlichen italienischen Kreisen verfolgt man mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung, die durch die Übereichung des Anklageaktes von Testaccio beim Genfer Völkerbund und anderwärts hervorgerufen werden kann. In diesen Kreisen erkennt man voll das Recht Ungarns darauf an, eine sofortige Aussprache beim Völkerbundrat über diese Anklagen zu verlangen, und dieser ungarische Standpunkt wird von den italienischen Vertretern im Völkerbund selbst klar unterstützt werden. Die verantwortlichen italienischen Kreise sind der Ansicht, daß eine Nation nicht unter so schweren Anklagen bleiben kann, wie es die gegen Ungarn erhobenen sind. Die italienischen Kreise halten die geschaffene Lage für heikel, glauben aber nicht, daß sie unmittelbar zu ernsteren Verwicklungen führen kann.

„Le Temps“, den Schluß zu, daß außer dem Ostpakt keine andere Formel zwischen Paris und Moskau vorgesehen sei. Erst im Falle der Verwirklichung des Ostpaktes würde die Solidarität der Sowjets gegenüber Frankreich durch den Beitritt der Sowjetunion zur Garantie der Locarno-Abte zum Ausdruck kommen. Alles andere sei nur ein Manöver, das den Zweck verfolge, den Ostpaktplan zu verschlagen.

Eine halbe Million Polen

in Frankreich von der Ausweisung bedroht.

Die große Sorge um das Schicksal der polnischen Arbeiter in Frankreich, wo jetzt eine rücksichtlose Ausweisung aller ausländischen Arbeiter angekündigt ist, kommt in der gesamten polnischen Presse in nicht mißzuverstehenden Anklagen gegen Frankreich zum Ausdruck. Es wird immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Polen seinerzeit nicht aus eigenem Antrieb nach Frankreich abgewandert, sondern von französischen Unternehmen und Behörden angeworben worden seien. Auch beständen zwischen Frankreich und Polen Vereinbarungen über diese Arbeiter, die Frankreich erhalten müsse. Die Ausweisungen würden den Bestimmungen des Emigrationsabkommen von 1919 widersprechen, das in den Jahren 1920 und 1924 durch zusätzliche Bestimmungen ergänzt wurde. In den Warschauer politischen Kreisen sieht man in der ganzen Aktion ein politisches Druckmittel gegen Polen.

Nach den Berichten der polnischen Konsulatsbehörden befanden sich am 1. Januar d. J. in Frankreich insgesamt 523 000 polnische Staatsangehörige; die Mehrzahl bildeten landwirtschaftliche, gewerbliche und Bergarbeiter. Im Laufe von zehn Monaten dieses Jahres wurden 5000 Bergleute und Arbeiter aus der Arbeit entlassen und sind nach Polen zurückgekehrt. Die Zahl der polnischen Staatsangehörigen, die augenblicklich in Frankreich wohnen, wird auf 518 000 berechnet. In dieser Zahl befinden sich etwa 100 000 landwirtschaftliche Arbeiter, etwa 90 000 Bergarbeiter und über 60 000 gewerbliche Arbeiter.

Dank den Bemühungen der polnischen Konsulatsbehörden haben die entlassenen polnischen Bergarbeiter von den Grubenverwaltungen Geld zur Reise nach Polen und zum Transport ihres Inventars sowie eine einmalige Abfindung in Höhe von 300 bis 500 Franken erhalten. Man will dafür Sorge tragen, daß auch die aus den Fabriken und industriellen Anlagen entlassenen Arbeiter Geldmittel zur Rückkehr nach Polen erhalten. Nach ihrer Ankunft in Polen werden die Arbeiter im Arbeitsvermittlungsbüro registriert und nach Möglichkeit beschäftigt. Vorgehen sind besondere Anordnungen, um den aus Frankreich ausgewiesenen polnischen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge sicherzustellen.

Lohnabkommen sollen gesetzlich gesichert werden.

Warschau, 24. November. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat ein Gesetzesprojekt über Sammellohnabkommen ausgearbeitet. Dieses Gesetz enthält 20 Artikel. Der wichtigste dieser Artikel sieht vor, daß künftig alle Sammellohnabkommen verpflichtende Kraft erhalten werden, unabhängig davon, ob sie auf Initiative der Arbeitsinspektion oder durch direkte Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern zustandegekommen sind. Derartige Abkommen werden auf alle Betriebe des betreffenden Industriezweiges ausgedehnt werden und auch solche Firmen verpflichten, die den Unternehmerorganisationen nicht angehören und das Abkommen nicht unterschrieben haben. Nichtinhaltung der Lohnabkommen soll strenge Bestrafung der Unternehmer, die bis zur Entziehung der Konzession zur Führung der Unternehmen führen soll, nach sich ziehen.

Keine Geheimabkommen zwischen Frankreich und den Sowjets

In einem Kommentar zu dem Ostpaktprojekt vertritt „Le Temps“ den Standpunkt, daß der Ostpakt der gegenseitigen Hilfe keine Gefahr für den Bestand des deutsch-polnischen Abkommens in sich berge. Dieses Abkommen werde unter der von Warschau und Berlin getroffenen Voraussetzung, daß es keine Bestimmungen enthalte außer denen, die offiziell bekannt gegeben worden sind, auch weiterhin unterschieden wie der polnisch-sowjetische Nichtangriffspakt. Weiter wendet sich das Blatt gegen die Behauptung, daß zwischen Frankreich und Sowjetrußland eine besondere militärische Vereinbarung bestehe. Von einer solchen könne, nach Ansicht des „Temps“, schon aus dem einfachen Grunde keine Rede sein, da eine derartige Allianz mit dem Pakt der gegenseitigen Hilfe unvereinbar wäre, den Frankreich verwirklichen wolle und der ein diplomatisches unter voller Billigung Englands und Italiens geführtes Unternehmen sei.

Bestände, so heißt es weiter, zwischen Frankreich und den Sowjets etwas mehr als das, was bereits bekannt ist, d. h. etwas mehr außer den gleichen Anstrengungen um die Stabilisierung der Lage in Osteuropa, so wäre ein diplomatisches Unternehmen, mit dessen Initiative Frankreich hervorgetreten ist, faktisch unmöglich. Alles läßt aber, so versichert

Wirtschaftliche Rundschau.

Verminderte Kreditanspannung.

Ausweis der Bank Polki für die 2. Novemberdeklade.

Aktiva:	20. 11. 34	10. 11. 34
Gold im Barren und Münzen	498 611 740.12	498 062 463.71
Balutens, Devisen usw.	34 782 618.73	35 859 703.70
Silber- und Scheidemünzen	46 502 644.93	25 879 673.72
Wechsel	615 761 948.89	638 741 824.43
Diskontierte Staatscheine	28 080 100.—	30 103 600.—
Bombardforderungen	47 228 031.86	47 447 911.86
Effekten für eigene Rechnung	9 657 011.54	9 548 594.74
Effektenreserve	91 485 665.63	91 485 665.63
Schulden des Staatshauses	90 000 000.—	90 000 000.—
Immobilien	20 000 000.—	20 000 000.—
Andere Aktiva	157 628 720.43	155 959 153.57
 Passiva:	 1 639 738 482.13	 1 643 088 591.36
Uttentkapital	150 000 000.—	150 000 000.—
Reservefonds	114 000 000.—	114 000 000.—
Notenumlauf	931 003 960.—	968 401 180.—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	16 905 820.53	9 648 366.35
b) Rektiflische Girorechnung	201 373 567.18	182 359 238.65
c) Verschiedene Verpflichtungen	23 482 617.40	20 527 341.11
Sonderkonto des Staatshauses	—	—
Andere Passiva	202 972 517.02	198 152 465.25
 1 639 738 482.13	 1 643 088 591.36	

Die Kreditbeanspruchung des polnischen Noteninstitutes hat in der Berichtsdeklade weiter nachgelassen. Die beanspruchten Kredite sind um 25,2 Millionen auf 691 Millionen Zloty zurückgegangen, wobei besonders das Wechselportefeuille eine Abnahme von 23 Millionen Zloty aufweisen kann. Im Zusammenhang damit steht die Tatsache, daß auch die Girokonten größere Bestände aufweisen, als vorher, so daß die sofort fälligen Verpflichtungen der Bank ein Anwachsen um 29 auf 241,8 Millionen Zloty aufweisen. Von den Scheidemünzen sind über 20 Millionen in die Kassen der Bank Polki zurückgeflossen, ebenso Banknoten, da der Notenumlauf um 374 Millionen auf 931 Millionen Zloty zurückgegangen ist. Der Goldvorrat weist die stete Zunahme auf, und zwar diesmal um 0,5 auf 498,6 Millionen Zloty.

Die Golddeckung des Notenumlaufs beträgt 46,48 Prozent.

Das städtische Gewerbe im Rahmen der landwirtschaftlichen Entschuldung.

Wir berichteten vor wenigen Tagen, daß der ehemalige Handelsminister und jetzige Vorsteher der Industrie- und Handelskammer in Warschau, Alarner, beim polnischen Handelsminister Rauchmann vorstellig geworden ist, um dort über die Folgen des landwirtschaftlichen Entschuldungsgesetzes auf Industrie, Gewerbe und Handel Rücksprache zu nehmen. Wie jetzt aus Warschau verlautet, hat Alarner mit den einzelnen Abteilungen des polnischen Handelsministers verschiedene Konferenzen abgehalten, jetzt ist von der Warschauer Handelskammer dem Ministerium eine Denkschrift überreicht worden, die alle Einzelheiten der Auswirkungen des Entschuldungsgesetzes auf das städtische Gewerbe enthält.

In dieser Denkschrift ist ein besonderer Nachdruck auf die der Landwirtschaft durch Industrie und Handel erteilten Warenkreide gelegt worden. Es wird angelaufen darauf hingewiesen, daß die Industrie- und Handelskreise Polens Maßnahmen fordern müßten, um eine sogenannte Verflüssigung dieser Schulden zu erreichen, dabei sei es gleichgültig, ob diese Verflüssigung durch die Ausgabe von Wertpapieren oder durch eine Ratenverteilung der Rückzahlung auf einen Zeitraum von 14 Jahren erfolgt. Die Denkschrift lädt mit der Forderung, daß Industrie und Gewerbe-Betriebe das Recht erhalten müßten, die Kreditlinien der Akzeptbank benutzen zu dürfen.

Eine Stellungnahme der Regierung zu dieser Denkschrift, die im Vorstand noch nicht veröffentlicht ist, steht noch ans.

Vermindertes Kartoffelangebot.

Das Kartoffelangebot, das in der ersten Zeit nach der Ernte den Bedarf Polens um ein Mehrfaches überstieg, hat in letzter Zeit eine erhebliche Abschwächung erfahren. Im Zusammenhang damit konnten sich die Preise in der Vorwoche etwas bessern; so stiegen die Fabrikkartoffelpreise von 12 auf 18 Groschen für 1 Kilogramm starkgekehlt. In der laufenden Kartoffelpromotion sollen aus Westpolen etwa 15 Waggons anerkannte Super-Kartoffeln und ca. 50 Waggons Stecklinge nach Belgien und Frankreich und aus anderen Teilen Polens etwa 20.000 Tonnen exportiert werden sein.

Schon im Oktober machte sich an einzelnen polnischen Plätzen eine Belastung im Kartoffelhandel bemerkbar. Die Exporteure, die im Verband der polnischen Kartoffelexporteure in Thorn zusammengekommen sind, haben Öfferten nach Palästina, Marokko, Frankreich, Belgien, Portugal und Italien verschickt und angekündigt, daß sie keine Aufträge hereinbekommen, die unverträglich erscheinen würden. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß durch das stärkere Zusammensehen der Exportfirmen die nach dem Ausland gegangenen Öfferten ziemlich gleichmäßig und durch normale Berechnung der Handlungskosten und der Transportkosten nicht so stark wie im Vorjahr gedrückt waren. Für Stecklinge zahlte der Handel dem Produzenten je nach der Qualität 4,50 bis 7,00 Zloty je Doppelzentner.

Die polnische Ausfuhr von Speisekartoffeln war bisher ziemlich begrenzt. Man führt dies vor allen Dingen auf die hohen Schuhzölle, Kontingente und sonstigen Beschränkungen in den Importländern zurück. Für Exportspeisekartoffeln zahlen die Exporteure an die Produzenten in der Wojewodschaft Posen 2,50 bis 3,00 Zloty, in der Wojewodschaft Pommerellen 3,20 bis 4,00 Zloty je Doppelzentner. Die Danziger Händler zaubern in den nördlichen Kreisen Pommerells 4,20 bis 4,40 Zloty pro Verladestation und in entfernteren Kreisen 3,80 bis 4,10 Zloty.

Polens Erdölindustrie im Oktober.

Die Erdölproduktion in Polen bezifferte sich im Oktober auf 4583 Bitternen gegenüber 4460 Bitternen im September. Erdgas wurden 89 112 000 Kubikmeter gewonnen (September 86 881 000 Kubikmeter). Im Oktober waren 711 Erdöl- und Erdgasquellen tätig (September 709), die 8903 Arbeiter beschäftigten (9016). 16 neue Bohrlöcher wurden in Betrieb genommen (14). Der Preis für 1 Bitterne Erdöl Boryslauer Provinz blieb mit 1350 Zloty unverändert.

Von den polnischen Raffinerien wurden im Oktober 4607 Bitternen Erdöl verarbeitet (4380) und daraus 4238 Bitternen Erdölprodukte gewonnen (3979), hierzu waren (Bitternen) 755 Benzin, 1456 Petroleum, 670 Heiz- und Gasöl, 678 Schmieröl, 220 Paraffin und 459 andere Erzeugnisse. Im Innlande wurden 3367 Bitternen Erdölprodukte abgeführt (3040), hierzu (Bitternen) 957 Benzin, 1541 Petroleum, 478 Gas- und Heizöl, 398 Schmieröle, 85 Paraffin und 283 andere Erzeugnisse. Ausgeführt wurden 2054 Bitternen, hierzu 474 Benzin, 568 Petroleum, 352 Gas- und Heizöl, 318 Schmieröle, 333 Paraffin und 14 andere Erzeugnisse. Die Vorräte an Erdölprodukten bezifferten sich Ende Oktober auf 19 265 Bitternen gegenüber 20 415 Bitternen Ende September. Im Oktober waren 30 Raffinerien, die 3323 Arbeiter beschäftigten, im Betrieb.

Biehmarkt.

London, 26. November. Amtliche Notierungen am englischen Baumarkt für 1 wt. in engl. Sh.: Polnische Bacons Nr. 1 sehr mager 81, Nr. 2 mager 80, Nr. 3 — 80, Nr. 1 schwere sehr mager 81, Nr. 2 mager 80, Sechser 80. Polnische Bacons in Hull 88—87, in Liverpool 82—86. Am Markt herrschte ruhige Stimmung, die Preise blieben unverändert.

Staatliche Neuerung der Wirtschaft Polens.

Dr. Gr. Der allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Verfall, der seit dem Jahre 1929/1930 nicht nur Polen, sondern fast sämtliche europäischen Staaten erfaßt, hat eine an Umfang und Intensität räufig zunehmende Beeinflussung des Wirtschaftslebens durch den Staat gezeitigt. Während unmittelbar nach dem Einsetzen der Krise sich diese staatliche Beeinflussung auf eine Unterstützung und Förderung der privaten Initiative in der Wirtschaft durch die Gewährung toll, steuer- und tarifärischer Erleichterung beschränkte, kam sie in der Folgezeit vielfach in einer direkten Ausschaltung der privaten Unternehmungsfähigkeit zum Ausdruck.

In einem ausführlichen Artikel gibt Wieniawski ein ziffernmäßiges Spiegelbild der finanziellen Beeinflussung der polnischen Wirtschaft durch den Staat. Um die Anspannung des gesamten Volkswirtschaft Polens zur Verfügung stehenden Kreditvolumens durch den Staat zu zeigen, werden von Wieniawski in den vom Staat direkt oder indirekt finanziell beeinflußten Unternehmen die eigenen und fremden Kapitalien gefordert aufgeführt.

Die finanzielle Beteiligung gestaltete sich wie folgt:

	Eigenkapitalien	Verpflichtungen
	in Millionen Zloty	
1. Wehrministerium	228,7	56,4
2. Ministerium für Handel und Industrie	304,0	108,9
3. Landeswirtschaftsbank	176,0	110,6
4. Schiffahrt	19,6	7,7
5. Post, Telegraphie, Radio, Staatsdruckereien usw.	65,9	78,5
 zusammen	794,2	362,1
6. Staatsforsten	140,0	—
7. Monopole	498,3	76,4
8. Staatsbanken	392,0	—
9. Einlagen	1 487,0	—
10. Versicherungsgesellschaften	570,0	—
 zusammen	3 876,5	438,5
11. Fonds	680,3	—
 insgesamt	4 556,8	488,5

Zu den Positionen 1 bis 6 der Tabelle läßt sich im einzelnen folgendes sagen. Fünf Unternehmen, die das Eigentum des Wehrministeriums darstellen, weisen eine Summe von Eigenkapitalien in der Höhe von 228,7 Mill. Zloty und von fremden Kapitalien im Betrage von 56,4 Mill. Zloty auf. Die der Öffentlichkeit unterbreitete Bilanz dieser Unternehmen läßt keine Wirtschaftlichkeit der investierten Kapitalien erkennen. Über die Produktionskapazität und über den Bedarf des Staates an Produkten dieser Betriebe fehlen nähere Angaben. Es ist jedoch allgemein bekannt, daß diese staatlichen Betriebe der privaten Industrie durch die Gewährung niedriger Preise eine unfreie Konkurrenz bereiten.

Zu der zweiten Gruppe von staatlichen Unternehmen, die vom Ministerium für Industrie und Handel verwaltet werden, gehören: 1 Betrieb von Petroleumraffinerie-Erzeugnissen, 1 Kohlenbergwerk und 2 chemische Fabriken in Chorzów und Mościce. Die Eigenkapitalien dieser Betriebe belaufen sich auf 304 Mill. Zloty, ihre Verschuldung beträgt 108,9 Mill. Zloty. Berücksichtigt man die Bruttogewinne dieser Betriebe, so kommt man nach der Meinung von Wieniawski auch hier zu dem Ergebnis, daß keine Wirtschaftlichkeit der investierten Kapitalien gegeben ist.

Zu der industriellen Gruppe werden alle Aktiengesellschaften hinzugerechnet, deren Aktienkapital Eigenkapital der Staatsbanken ist. Die Eigenkapitalien 6 solcher Betriebe betragen nach der obigen Tabelle 176 Mill. Zloty und die Verpflichtungen 110,6 Mill. Zloty. Auch hier arbeiten die meisten Betriebe mit Verlusten.

Bei dem Abschnitt Schiffahrt sind 2 staatliche Unternehmen mit einem Eigenkapital von 19,6 Mill. Zloty und fremden Kapitalien in der Höhe von 7,7 Mill. Zloty aufgeführt. Die unter der Ziffer 5 aufgeführten Unternehmen weisen 65,9 Mill. Zloty Eigenkapitalen und 78,5 Mill. Zloty fremde Kapitalien auf. Zu den von 1—6 aufgeführten Betrieben läßt sich im allgemeinen sagen, daß ihre finanziellen Betriebsergebnisse recht dürfstig sind, und von einer Verzinsung des Kapitals keine Rede sein kann.

Unter den in der obigen statistischen Übersicht aufgeführten Positionen gewinnen die unter 9—11 eine besondere Beachtung. Der größte Einfluß des Staates auf dem Gebiete des Kreditwesens äußert sich nicht in den Kapitalien, sondern in den Einlagen der Staatsbanken, über die der Staat verfügen darf. Am 31. 8. 1934 betrugen diese Einlagen bei der Postsparkasse 566 Mill. Zloty, bei den Staatsbanken 868 Mill. Zloty, zusammen 1 487 Mill. Zloty. Im Vergleich zu dieser Summe sind die Einlagen bei den anderen Banken in der Höhe von 442 Mill. Zloty unbedeutend. Die langfristige Anlage des Eigenkapitals durch die Versicherungsgesellschaften geht auf 244,0 Mill. Zloty 23 Prozent in Hypotheken, zu 8 Prozent in Immobilien und zu 47 Prozent in Staatspapieren. Zu der Position unter 11 (Fonds) läßt sich folgendes sagen: Diese Fonds sind aus dem allgemeinen Staatsbudget ausgewandert. Aus den Dotationsen des Staates sind folgende Fonds entstanden:

Baufonds	244,0 Mill. Zloty
Fonds für Kreditinstitute	50,0 " "
Arbeitslosenfonds	156,8 " "
Fonds zum Ausbau der Städte	44,0 " "
 zusammen	494,8 Mill. Zloty

Aus den unmittelbaren Beiträgen der Allgemeinheit sind folgende Fonds entstanden:

Arbeitsfonds	80,0 Mill. Zloty
Fonds für Militär-Ginquantierung	62,0 " "
Begefonds	43,5 " "
 zusammen	185,5 Mill. Zloty

Aus der hier aufgeführten zahlenmäßigen Übersicht geht die starke finanzielle Beteiligung des Polnischen Staates an der Wirtschaft hervor.

Die Beweggründe, die Polen zur Rechtfertigung seiner derzeitigen Wirtschaftspolitik anführt, sind:

1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
2. Notwendigkeit der Landesverteidigung,
3. Herbeiführung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit vom Ausland.

Es entsteht die Frage, ob diese Art von Wirtschaftspolitik dem Wohl der Gesamtwirtschaft dient. Für den Fall, daß es nicht ausreicht, durch die tiefen staatlichen Eingriffe einen ersten Konjunkturaufstieg einzuleiten, vielmehr nur eine vorübergehende Schiebungskonjunktur erzielt wird, muß sie jedenfalls zu einem schweren Rückslag führen.

Welche Vorteile und Nachteile einem staatlichen Unternehmen im Vergleich zu einem privaten Betrieb zukommen, ist der Allgemeinheit zu genügend bekannt, als daß eine ausführliche Darlegung notwendig wäre. Es sei an dieser Stelle nur hervorgehoben, daß während ein privater Unternehmen ohne die Erzielung einer angemessenen Rendite nicht existenzfähig ist, ein staatlicher Betrieb auch mit Verlusten weiter arbeiten kann, da ihm die Steuerfreiheit der Gesamtwirtschaft